

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Ineritons-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Beschlusungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Insetate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis halbjährlich: 3.50 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Wittwoch, den 20. Mai 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zu der Zollfalle.

Während die Wahlagitation unserer Gegner bisher kraftlos in flachen Bonalitäten dahinschlief, hat sich jetzt, plötzlich und überraschend, das seltsamste Ereignis aus ihr erhoben, das in der Geschichte aller Wahllämpfe je vorgekommen sein mag. Eine Partei tritt vor ihre Wähler, um öffentlich zu gestehen, daß ihre bisherige Politik, soweit sie die augenblicklich wichtigste Frage betrifft, ein wahrhaftiges Verbrechen, oder, im besten Falle, ein toller Unstun gewesen sei.

Die nationalliberale Partei hat sich im Dezember des vorigen Jahres mit den Konservativen und dem Centrum auf den Antrag Kardorff geeinigt und diesen Gesetz und verfassungswidrigen Vorschlag mit allen Mitteln brutaler Gewalt zur Annahme gebracht. In der Gesamtstimmung haben von 49 Nationalliberalen 48 für den neuen Zolltarif gestimmt.

Das Centralbureau der nationalliberalen Partei veröffentlicht jetzt, fünf Monate darauf, wie schon vor einigen Tagen erwähnt, eine offizielle Parteischrift, „Zum Wahllampf“ betitelt, die diesen Tarif auf das heftigste bekämpft. Es sei ja, so wird hier in dürren Worten gesagt, sehr nett, daß man dieses Gesetz habe, nun aber müsse man dafür sorgen, daß es um Gottes Willen niemals in Wirksamkeit trete.

Der „Vorwärts“, und mit ihm die gesamte socialdemokratische Presse, hat gleich nach dem rechtswidrigen Zustandekommen des neuen Tarifs erklärt, dieser Tarif sei eine ständige Bedrohung nicht sowohl des Auslandes als des Inlandes, er sei ein Gewehr, das nach hinten losgehe, und dürfe darum niemals in Kraft gesetzt werden. Dieser Meinung schließt sich die offizielle Veröffentlichung der nationalliberalen Partei heute rückhaltlos an, indem sie wörtlich das folgende verkündet:

Es wird von hochagrarischer Seite verlangt, daß 1. die Handelsverträge sofort gekündigt werden und 2. der neue Zolltarif alsbald in Kraft gesetzt wird. Das sind agitatorische Forderungen, die lediglich auf Wählerkreise berechnet sein können, denen der neue Zolltarif nicht gegenwärtig ist und die von der Bedeutung unseres Außenverkehrs keine Ahnung haben. Es genügt, folgendes sich vor Augen zu halten: Der Zolltarif ist das Produkt einer Vereinbarung, die im Interesse der Nation gegen die Obstruktion verhandelt worden mußte. Es stehen Sätze in diesem Zolltarif, die bei ausreichender Gelegenheit zur sachlich ruhigen Behandlung nimmermehr stehen geblieben wären. Als Verhandlungstarif mochte er der Regierung vertrauensvoll (!) hingegeben werden. Ehe er gelten dürfte, d. h. so gelten, daß keine Sätze für die Zollbeamten an der Grenze maßgebend wären — müßten doch ziemlich viele und maßgebende Änderungen an ihm vollzogen werden.

Würde diese gesetzgeberische Schandthat, der die nationalliberale Partei aus der Notlage geholfen hat, jemals wirklich in Kraft treten, so wären die wirtschaftlichen Schädigungen, die das Deutsche Reich hierdurch erleiden würde, unabschätzbar. Die Agitationschrift des nationalliberalen Centralbureaus gegen die nationalliberale Partei malt diese Folgen, nicht mit Unrecht, in den grellsten Farben aus:

Allerdings: die ansehnlich hohen Agrarzölle des neuen Tarifs, soweit sie eben bei der Notvereinbarung (Antrag Kardorff) unverändert geblieben wären, hätten dann ihre thätigkeitsvolle Geltung an der Grenze (Weizen 6 1/2 Roggen, Gerste, Hafer 8 M., Vieh 18 M. per Doppelcentner usw.) Aber welcher Freund der Landwirtschaft möchte wünschen, daß sie überhaupt, zumal unter solchen Umständen, zur Geltung kämen? In Zeiten vollendeter Unsicherheit betriffs unserer Handelsbeziehungen, — bei einer bis zum Einfuhrverbot hinreichenden Verschärfung unserer Ausfuhr in die Vertragsländer und nicht nur in diese, sondern auch in die Meistbegünstigungsländer, die sofort ebenfalls ihren Maximaltarif auf unsere Waren anwenden würden, wenn wir den meisten aus ihrer Waren anwenden. Das gäbe Inlandspreise für Lebensmittel, die nicht einmal bei hochgehender Konjunktur Bestand hätten, geschweige denn, wenn überall die Schornsteine aufhören müßten zu rauchen.

Drei Monate, länger aber auf keinen Fall, würden diese hochagrarischen Zollsätze bestehen. Dann käme ein Sturm aus allen Richtungen und segte die Lebensmittelzölle überhaupt weg.

Das ist vortrefflich, ganz vortrefflich gesagt! Weber hat sich in einer großen eindrucksvollen Rede, die er im Reichstage gegen den neuen Zolltarif hielt, ganz ähnlich ausgedrückt. Damals aber hieß es, die Socialdemokraten widerholten bis zum Ueberdruß ihre alten, längst widerlegten Argumente und stürzten dadurch alle sachliche Beratung. Darum stieß man der Minderheit den Knebel in den Mund, und Herr Bassermann fingerte drohend auf der Tribüne und schrie, die Socialdemokraten trieben ein gefährliches Spiel mit dem Reichstagswahlrecht.

Damals forderten die Socialdemokraten eine ausführliche Beratung. Aber man antwortete ihnen, es sei schon genug und übergenug beraten worden, und trieb die Verhandlungen gewaltsam zu übereilten Beschlüssen.

Heute erklärt die offizielle Wahlschrift der nationalliberalen Partei, es habe an Gelegenheit zur sachlich ruhigen Behandlung gefehlt!

Heute beschuldigt sich die nationalliberale Partei in ihrer offiziellen Wahlschrift selbst, einem Gesetze zugestimmt zu haben, dessen Wirksamkeit nicht länger als drei Monate vom deutschen Volke ertragen werden könnte!

Die nationalliberale Wahlschrift resumiert dahin: Also es ist schließlich keine Aussicht, in den Genuss der Sätze des neuen Verhandlungstarifs zu kommen. Es ist aber auch keine Aussicht, wenigstens den 5 Mark-Zoll des gegenwärtig noch hinter den Verhandlungstarifen stehenden autonomen Tarifs zu erlangen. So lange bei den fremden Staaten

die vertragsfreundliche Stimmung waltet, wie bisher, werden die „Capri“-Verträge stillschweigend verlängert bis Handelsverträge vereinbart sind. Es giebt also nur den einen Weg zu höherem Zollfuß für landwirtschaftliche Erzeugnisse: neue Vertragstarife.

Nachdem die nationalliberale Wahlschrift die nationalliberale Zollpolitik totgeschlagen hat, erschrickt sie doch ein wenig und stellt eiligst Wiederbelebungsversuche an. Aber mit welchem Erfolge?

Neue Handelsverträge kann man doch nur abschließen auf Grund eines autonomen Tarifs, von dessen Inkrafttreten das Inland nichts oder doch nicht viel zu fürchten hat. Man verlangt vom Auslande handelspolitische Zugeständnisse, und hinter diesem Verlangen steht die ständige Drohung, man wolle, falls es nicht erfüllt würde, den autonomen Tarif in Kraft setzen. Wie oft haben wir während des Zollkampfes vom Regierungslische aus gehört, der Zolltarif sei ein „Mittelzeug“ und man müsse für alle Fälle gewappnet sein. Nun ist der neue Zolltarif aber auch dem sagen-jämmerlichen Geständnis der Rationalliberalen gar kein „Mittelzeug“. Wenn der Reichszolltarif jetzt mit dieser Waffe in der Hand irgendwelche Zugeständnisse des Auslandes verlangen wird, werden ihm die fremden Unterhändler ins Gesicht lachen. Sie werden sich auf die Wahlschrift der nationalliberalen Partei berufen und dem Deutschen Reich sagen, daß es den Tarif, mit dem es drohe, in seinem eignen Interesse gar nicht in Kraft setzen dürfe.

Es ist also nichts als eine unflüchtige Ausrede, wenn die nationalliberale Partei den neuen Zolltarif als Grundlage für neue Vertragsverhandlungen gelten lassen will. Ein Tarif, der als Grundlage zu neuen Handelsverträgen dienen soll, dabei aber so konstruiert ist, daß die eigne Volkswirtschaft seine volle Wirksamkeit keine drei Monate ertragen würde, ist nichts als eine notdürftig aufgepumpte Vogelscheuche, mit der man keinem Sperling imponiert und die allen Kindern ein Gegenstand ihres frühlichen Spottes ist.

Entweder die nationalliberale Partei hält das deutsche Volk für einen Handwurf oder sie ist selbst einer. Ein Drittes ist nicht möglich. Da hat man sich jahrelang um das Sein oder Nichtsein eines Gesetzes blutig zerstritten und die nationalliberale Partei hat sich nicht gekümmert, das politische Leben des Reiches bis zur Krise zuzuspitzen, um nur eine Schlussabstimmung zu ermöglichen. Dann aber stellt sich heraus, daß diese Jungengeburt gar nicht lebensfähig ist und daß man sie extra totschlagen müßte, wenn sie jemals zum Leben erwachen wollte.

Wie aber, wenn der Teufel, den man bloß an die Wand malen wollte, wirklich kommt? Wenn der freche Bloß blutiger Ernst wird? Wenn die Regierung, die man „vertrauensvoll“ zur Engelmacherin erforscht hat, das Vertrauen der nationalliberalen Partei diesmal wieder wie hundertmal zuvor täuscht? Wenn der „Zolltarif“, der Hungerlottaris, wirklich in Kraft tritt? Wie wollen sich die nationalliberalen Rothelfer dann vor dem Volke verantworten?

„Spaß oder Ernst?“ fragten wir, als das seltsame Gesetz „fertig“ vorlag. „Spaß oder Ernst?“ fragen wir auch heute. Hätte man uns gleich gesagt, daß dieser Zolltarif niemals in Kraft treten, sondern für ewige Zeit unter Witterungsluch gehalten werden sollte, so wäre beiden Seiten viel Ärger erspart worden. Dann aber hätte man kurzerhand beschließen sollen, daß für jeden Kilogramm ausländischer Ware eine Million in Gold zu bezahlen sei, oder daß jeder totgeschossen werden sollte, der in Deutschland ein ungarisches Schwein ankaufen wollte. Wir hätten nichts dagegen gehabt, denn wenn sich die Rationalliberalen bloß amüsieren wollen, warum sollte man ihnen den Spaß verderben?

Nur das soviel schöne Zeit darauf verschwendet werden müßte, ein Gesetz zu fassen zu bringen, das nur zur nationalliberalen Volksbelustigung dient — das vermögen wir nicht einzusehen.

Das aber muß nun auch dem Blindsten klar geworden sein: der Kampf um Deutschlands handelspolitische Zukunft, der Kampf um das Brot des Volkes ist mit der Annahme des Antrags Kardorff noch lange nicht zu Gunsten der Hungerdöllner entschieden! Die Protowucherer sind dessen geständig, daß dank der Arbeit der Socialdemokratie der Zolltarif ein vollkommen unbrauchbares Instrument für sie geworden ist. Sie sind dessen geständig, daß sie, die übermütigen Triumphierer, die eigentlichen Besiegten gewesen sind, daß sich die Socialdemokratie, obgleich geknebelt und vergewaltigt, in Wahrheit als die eigentliche Siegerin über sie erhoben hat. Die letzte Entscheidung bleibt trotz alledem dem neuen Reichstage vorbehalten.

Run heißt es vorwärts!

Wahlkampf.

Das Centrum in eigener Besichtigung.

Einem soeben erschienenen Centrums-Flugblatt entnehmen wir folgende Sätze:

„Durch eine ganz bedauerliche, verkehrte Richtung unserer Parteipolitik, durch einseitige reaktionäre Ziele, welche die Interessen des Volkes schädigen, droht unser Centrum den Rückhalt im Volke langsam aber mit unfehlbarer Sicherheit zu verlieren, ähnlich wie wir es bei den Rationalliberalen erlebt haben.“

„Mithürger! Die ganze Zukunft unseres Volkes ist bedroht, und wo bleibt unser Centrum, wo bleiben unsere alten idealen Ziele? Auch im Centrum drohen reaktionäre volksfeindliche Elemente zur Herrschaft zu gelangen und schon muß man befürchten, daß unsere Partei die alten Bahnen Windthorsts völlig verläßt und dergleichen. Das zeigt schon die Haltung der großen Mehrzahl unserer Centrums-Abgeordneten gegenüber der Zollvorlage im vorigen Jahre.“

„Der Arbeiter, der Handwerker, der Geschäftstreibende, die große Masse der kleinen Bauern, alle werden durch diese Preissteigerung der Lebensbedürfnisse aufs schwerste geschädigt. Wer aber hat den Nutzen? Der, welcher es am wenigsten nötig hat. Die Getreidezollerhöhung würde z. B. dem Fürsten v. Hohenzollern-Sig-

maringen 503 000 M. einbringen, dem Fürsten v. Pleß 511 000 M., dem Fürsten v. Hohenlohe-Dehringen 333 000 M.“

„Mithürger! Diese endlose Steigerung der indirekten Steuern und Zölle ist von den alten Führern des Centrums aufs schärfste verurteilt worden. So erklärte Dr. Windthorst im Jahre 1887:

Es ist endlich Zeit, mit den indirekten Steuern aufzuhören und wenn wir weitere Bedürfnisse haben, auf die direkten (Einkommens- und Vermögens-) Steuern zurückzugreifen, weil wir sonst den Arbeitern gerechten Anlaß zu Klagen geben.“

Ebenso sagte der Mitbegründer des Centrums, Abg. Dr. Reichensperger, 1893 im Reichstage:

Für mich steht es außer aller Frage, daß eine andauernde Aufrechterhaltung des Zolles von 5 M. absolut unmöglich ist; denn ein solcher Zoll beträgt auch bei den heutigen exorbitanten Preisen noch immer 20 Proz., und bei normalen mittleren Preisen würde er 30 bis 40 Proz. betragen. Das geht meiner Meinung nach nicht an gegenüber dem alternativen Lebensbedürfnis.“

Diese Worte wurden damals im Centrum mit allgemeinem Bravo begrüßt. Und heute wagt es unser Abgeordneter, das Volk doppelt und dreifach zu belasten, um den Kornjunkern Millionen-geldente zu machen.

Im Jahre 1897 versprach ein älteres Flugblatt (Nr. 8) des Volksvereins für das katholische Deutschland:

Die Zeit ist nicht mehr allzu fern, wo der jetzige Zolltarif einer Revision unterzogen werden wird; dann wird das Centrum nicht verfehlen, bestehende Härten zu beseitigen und dafür zu sorgen, daß, soweit dies mit dem Schutze der heimischen Produktion, insbesondere der Landwirtschaft, vereinbarlich ist, die Verbrauchsartikel der ärmeren Bevölkerung entlastet und die der Gewinnsucht, dem Prunk und Luxus dienenden Gegenstände stärker herangezogen werden.“

Derselbe Volksverein aber giebt im Jahre 1900 ein Flugblatt (Nr. 17) aus: „Warum ist eine Erhöhung der Getreidezölle notwendig?“ worin er statt einer Entlastung eine gewaltige Mehrbelastung der ärmeren Bevölkerung empfiehlt. Der hungernde Arbeiter aber erhält folgenden saulen Trost für die Brotverleuerung:

Demgegenüber werden die Industriearbeiter die durch die höheren Getreidezölle und Preiserhöhungen erscheidenden Mehrausgaben dadurch wieder einzubringen suchen müssen, daß sie durch Drängen auf weitere Fortführung der Arbeitergesetzgebung und besonders durch genossenschaftliche Selbsthilfe in den Gewerkschaften und Arbeitergenossenschaften ihr Lohnkommen zu erhöhen streben.“

Mithürger! Das ist ein schmählicher Berratt am deutschen Volke! ... Woher denn diese Aenderung der Gesinnung? Das Centrum, welches einst nach der freisinnigen Seite hinneigte, ist nach rechts, zu den Konservativen und Junkern abgewandert, um mit diesen Regierungspartei zu spielen!“

Ehe das Centrum die letzte große Flottenvorlage mit durchdrückte, schrieb das führende Blatt unserer Partei, die „Germania“, am 5. November 1899:

„Das Centrum mußte der Regierung die Kosten der Flottenvorlage bewilligen, nachdem die bekannten Ritzgesetze, die Schaumweinsteuer usw. zu wenig eingebracht. Das verriet die Seele der jetzigen Centrumpolitik, Abg. Dr. Spahn, indem er in einer Rede zu Bonn am 21. September 1902 sagte:

Die Mindestsätze (für Getreide und Vieh) zu ändern, gehe nicht an, denn man brauche sie dringend im Hinblick auf den Geldbedarf des Reiches ... Der Schwerepunkt liegt daher in der Frage, woher die Mittel nehmen, deren das Reich bedarf, namentlich infolge der höheren Anforderungen für Heer und Marine.“

„Wir Centrumswähler, denen das Wohl des Volkes am Herzen liegt, können daher keinen Vertreter brauchen, der einen Eierlang aufwärts nach der Höhe des Kriegsministers, sondern nur einen Mann mit Rückgrat.“

Oder heißt das noch eine Volkspartei sein, wenn man den Mittelstand, die Arbeiterschaft, den Bauern durch eine unerhörte Steigerung der Abgaben und Steuern ruiniert, wenn man diese Lasten nicht den Reichen, sondern dem arbeitenden Volke auferlegt und wenn man dem armen Manne sein Hungerbrot noch verleiert und ihn gänzlichem Elend entgegenreiht?“

„Aber die Witwen- und Waiserversicherung macht die Brotverleuerung wieder gut? Als ob ein Strohhaube und Veträger gerechtfertigt wird, wenn er einmal den Koblen spielt! Wai über diesen blutigen Hohn! Diese Witwenversicherung tritt erst in Kraft, wenn die Mehrzahl der jetzigen Arbeiterfamilien verstorben ist. Und wenn sich der christliche Staat auf der christlichen Familie aufbaut, ist es da recht, daß man der Familie 100 M. vom täglichen Brote nimmt und nachdem diese Familie durch den Tod des Vaters zerrissen und aufgelöst ist, den Hinterbliebenen 20 Mark zurückgiebt? Solche Armeselbstenttäuung verbergen nicht die Schamröthe ob einer volksverderblichen Politik.“

„Aber noch mehr! Man will die Centrumswähler selbst mundtot machen. Nicht nur giebt es fast gar keine Vertreter der Arbeiter und kleinen Bauern in den örtlichen Parteivorständen und in den Parlamenten, ein Kreis verdorbenster Parteidiktatoren schreibt die Politik und die Kandidaten vor, ohne auch nur die Wähler zu befragen.“

„Als sich im vorigen Jahre katholische Arbeiter und Handwerker zusammenschlossen zu Centrumsvereinen, um auf Grund des Centrumsprogramms eine volksmäßigere Politik anzubahnen, da führten Parteivorstände wie Sekretäre des Volksvereins Sprengkolonnen in die von Centrumswählern anberaumten Versammlungen, um die Opposition des kleinen Mannes gegen die reaktionäre Junterpolitik im Centrum niederzuknallen und niederzubrechen.“

„Diese Beeinträchtigung des gesetzlich gewählten Versammlungsgerechtes wagten die „Oberen“ der Centrumparteileitung gegenüber katholischen Arbeitern und Handwerkern in Köln, Kall, Rülheim, Rheind., Odenkirchen, M., Gladbach; ja in Bieren wurde dem Centrumsverein zweimal das Lokal abgetrieben und zuletzt gar für eine vom Parteivorstand einberufene offizielle Versammlung ausgemietet!“

„Centrumswähler! Das sind ganz armselige Praktiken, welche unserer Partei als einer christlichen Volkspartei unwürdig sind, in der auch der arme und Unterdrückte zu seinem Rechte kommen soll, eine Terrorisierung der Arbeiterschaft von agrarisch-reaktionären Parteidiktatoren, welche unserer Partei die Sympathie großer Volksteile rauben und die Politik der ausgleichenden Gerechtigkeit zum Gespött unserer Parteigänger machen.“

„Plag das Centrum noch so freu unsre religiösen Inter-
essen vertreten, unter den obwaltenden Umständen werden schließlich
große Kreise des Volkes in unserer Partei eine energische Vertretung
ihrer vaterländischen Interessen vermischen und sich der Social-
demokratie zuwenden.“

„Mitbürger! Papst Leo XIII. hat im Rundschreiben vom
19. Januar 1901 alle Gläubigen gemahnt, daß die nicht christliche
Socialdemokratie nur belästigt und zurückgedrängt werden kann durch
eine christliche, wirklich volkstümliche Politik, und das sind die Ziele
der christlichen Demokratie, welche unser hl. Vater nachdrücklich und
feierlich sanktioniert und gutgeheißen hat. Noch bei der letzten
Weihnachtsallotision hat der Papst diese christlich-demokratischen Be-
strebungen in längeren Ausführungen empfohlen und ihre Unter-
stützung der Geistlichkeit ans Herz gelegt.“

Das scheint allerdings der reinen reaktionären Richtung im
Centrum wenig zu passen, denn die „Königliche Volks-
zeitung“ und ihre Nachbeter haben diese Worte des Papstes über
die christliche Demokratie in der Weihnachtsallotision ihren Lesern
vorenthalten und unterdrückt!“

„Vor Jahresfrist hat die Erkenntnis der traurigen Sachlage
in Düsseldorf, Köln, M.-Gladbach und anderen Orten eine An-
zahl überzeugungstreuer erprobter Centrumswähler zusammen-
geführt, deren Treue zu unserer selbstwählbaren Partei niemals er-
schüttert ist, zu dem Zwecke, dem selbstwählbaren überlieferten
Centrumprogramm unseres Bündnisses wieder sein Recht zu
schaffen.“

„Von diesem Verein angeregt, ist bereits ein provisorisches
Wahlkomitee zusammengetreten, um unseren christlich-demokratischen
Ideen durch Aufstellung eines eignen Centrumskandidaten gegen-
über dem uns von der Parteileitung aufgedrängten agrarisch-
reaktionären Vertreter Geltung zu verschaffen. Denn alle Versuche,
eine Einigung mit der Parteileitung herbeizuführen, wurden von
letzterer kurzerhand abgewiesen, und namentlich in Düsseldorf stehen
sensationsvolle Enthüllungen bevor, welche auf die verrotteten Verhält-
nisse unserer Parteiverhältnisse ein grelles Licht werfen.“

„Parteigenossen vom Centrum! Nie und nimmer von den
Freunden verlassen, aber — von den Führern schände verraten! Das
ist der drohende Ruin unserer Partei! Da war es höchste Zeit, daß
sich Männer fanden, die unbekümmert um die elendesten Schmähungen
und Verleumdungen der Wahrheit die Ehre gaben und die Rettung
unser Partei im Interesse der christlichen Sache selbst in die Hand
nahmen. Die einmütige Treue des katholischen Volkes zum Centrum-
programm, das allein garantiert die Einheit und Zukunft unserer
Partei!“

„Auf daher zum Kampfe für Wahrheit, Freiheit und Recht!
Die kommende Reichstagswahl werde ein flammender Protest des
katholischen Volkes gegen Unfähigkeit, Schwäche und Verrat seiner
Führer!“

Unterzeichnet ist diese wohlgeleitete Kennzeichnung des
Centrums durch seine eignen Parteigenossen von der Geschäftsstelle
des Rheinischen Hauschabes in Düsseldorf. Auf den Kreis Düffel-
dorf, der jetzt durch den Amtsgerichtsrat Kirsch in Düsseldorf ver-
teilt wird, bezieht sich die Antündigung der Sonderkandidatur. Im
Jahre 1898 erhielt das Centrum dort 17 874 Stimmen, unser Kandi-
dat Grimpe 10 712, die deutsche Reichspartei 4715 und die frei-
sinnige Volkspartei 2844 Stimmen. In der Stichwahl wurden dann
für den Centrumskandidaten 22 756 und für uns 12 657 Stimmen
abgegeben. Hinzuzufügen haben wir der Centrumskritik nichts.
Aber „Germania“, „Königliche Volkszeitung“ und „Königliche Volks-
zeitung“, die ja immer rasch bei der Hand sind, werden wohl noch
etwas dazu zu sagen haben.

Gegen die löbliche Kandidatur Löhnings im vierten Berliner
Wahlkreis scheinen auch einige freisinnige Bedenken zu haben. In
einer Versammlung wurde angefragt, ob Löhnung denn überhaupt ein
Vollsparteiler sei. Es wurde erwidert, daß Löhnung schon vor
25 Jahren fortschrittlicher Wahlmann gewesen. Man gab ferner
der Hoffnung Ausdruck, daß die Sicherung des Wahlheim-
nisses in diesem Wahlkreis, wo die Socialdemokratie eine
Macht ist und die Furcht vor Verlust der Arbeiterkundschaft
bis her viele Geschäftsleute, Gastwirte usw. veranlaßt habe,
socialdemokratisch zu wählen, den freisinnigen zu gute
kommen werde. Endgültige Beschlüsse über die
Kandidatur Löhnung sollen erst in der allgemeinen Wählerver-
sammlung am Freitag gefaßt werden, in der der Kandidat sein Programm
entwerfen will.

Es charakterisiert den Freisinn, daß er die „Post“-Geschichten von
dem — socialdemokratischen Wahlterrorismus nachbetet, wie auch das
für ihn bezeichnend ist, daß er einen so alten Fortschrittler wie
Löhnung in einem der sichersten Durchfallskreise auf-
stellt. Offenbar will die Parteileitung ihn unschädlich machen und
verhindern, daß ein so hartnäckiger Oppositionsgeist ins Parlament
einzieht. Die Aufstellung im vierten Wahlkreis bedeutet für den
Mann der Feldwebelstochter auch eine Maßregelung.

Strafrechtlicher Schutz des Wahlheimnisses.

Nach § 23 des Wahlreglements ist ein Protokoll nach dem unter
lit. B anliegenden Formular anzufertigen. Nach diesem Formular
ist u. a. folgendes zu beurtunden: „Von den erschienenen Wählern
begab sich jeder einzeln, nachdem er einen Umschlag ausgehändigt
erhalten hatte, in den Nebenraum (es kann auch protokolliert
werden „an den Nebentisch“), wo er seinen Stim-
mzettel unbeschadet in den Umschlag steckte.“
Dies Protokoll ist von dem Wahlvorsteher, den Besitzern und dem
Protokollführer zu beurtunden. Hat der Wahlvorsteher vielleicht —
in Mißverständnis der bekannten Ausführungen des konservativen
Abgeordneten Amtsgerichtsrats Hünburg — beobachten lassen, oder
selbst beobachtet, welchen Stimmzettel der Wähler in den Umschlag
steckte und dennoch dies Protokoll unterschrieben, so treten §§ 271
und 348 des Strafgesetzbuchs in Wirksamkeit. Diese Vorschriften be-
drohen jeden mit Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten oder mit
Geldstrafe bis zu 300 Mark, und einen Beamten mit Gefängnis-
strafe nicht unter einem Monat, der für öffentlichen Urkunden Tatsa-
chen als geschehen bekundet, während sie überhaupt nicht oder in
anderer Weise geschehen sind.

Teils erunden, teils entstellt. In ihrer Nr. 115 behauptet die
„Freisinnige Zeitung“, daß die Berliner Socialdemokraten im fünften
Kreis im allgemeinen und im besonderen der Abg. Kumer gegen
den Abg. Juid allerlei Einzelheiten teils entstellt hätten, um die
liberale Gestaltung Juids zu verdächtigen. Das trafe zu für die
Ausführungen, die gegen Herrn Juid gemacht seien in Bezug auf
das Toleranzgesetz, die Kinderarbeit, den Hundert-
millionenmarke Antrag der Socialdemokraten für Elementar-
schulzwecke und die Haltung Juids bei der entscheidenden Abstimmung
über die Eisenzölle in der Kommission.

Die „Freisinnige Zeitung“ schwindelt zunächst in gewohnter
Weise, daß der Abg. Kumer Herrn Juid den Vorwurf gemacht habe,
daß er beim Toleranzgesetz nicht für den socialdemokratischen
Antrag gestimmt habe. Das ist nicht geschehen. Vielmehr machte
Kumer Herrn Juid den begründeten Vorwurf, daß er und sein
Fraktionskollege Herr Kaufmann in der Kommission seiner
Zeit wohl für den Antrag Schrader gestimmt hätten, daß aber Herr
Juid später umfiel und im Plenum für den politischen und pädago-
gisch geringwertigeren Antrag des Centrums trotz der befandeten
eigen Ueberzeugung auf Fraktionskommando seine Stimme ab-
gegeben habe.

In Bezug auf das Kindererziehung-Gesetz bestreitet die
„Freisinnige Zeitung“, daß Herr Juid an Liberalität von einem
Regierungsbekannteren übertrafen und von einem seiner Fraktions-
kollegen in der Kommission desabonniert worden sei. — Tatsa-
chlich liegt die Sache so, daß Herr Juid für die höhere
Ausbeutungsmöglichkeit sowohl der eigenen Kinder wie für die der
Waisenkinder und die der in Zwangserziehung befindlichen Kinder
gleichmäßig eintrat. Es geschah das in der Kommissionsitzung vom
24. Oktober 1902. Herr Juid wurde von dem Regierungsbekannteren
vor den Folgen eines solchen Antrages gewarnt; unter Protest
gegen den socialdemokratischen Antrag, der die in Zwangs-

erziehung befindlichen Kinder mehr geschützt wissen wollte,
zog er darauf seinen eignen Antrag zurück. Der socialdemokratische
Antrag wurde gegen die Stimmen der Konservativen, der National-
liberalen und der Stimme des Herrn Juid angenommen. Der
Fraktionskollege des Herrn Juid, der Abg. Ernst, ebenfalls wie Herr
Juid ein Schulmann, stimmte für den socialdemokratischen Antrag.
— Auf die andern viel schwerer wiegenden Angriffe Kumers gegen
Herrn Juid wegen seiner Stellungnahme zur Kinderarbeit waßt die
„Freisinnige Zeitung“ nicht einzugehen, dafür aber hat sie den Mut,
von platten socialdemokratischen Erfindungen zu sprechen.

Jugendlich muß die „Freisinnige Zeitung“, daß Herr Juid für
den Hundertmillionenmarke Antrag nicht zu haben
gewesen ist. Der Vorwurf, der hieraus für Herrn Juid erwächst,
trifft ihn natürlich umso schwerer als er als Schulmann die
Bedeutung des Antrages, seine Bedeutung und die bodenlose Ver-
nachlässigung der Elementarschule kennt.

Gleichfalls ist ein Zugeständnis der „Freisinnigen
Zeitung“, daß Herr Juid bei der entscheidenden Ab-
stimmung über die Eisenzölle in der 108. Kommissionsitzung
am 30. September 1902 thatsächlich gefehlt hat. Er hat zur rechten
Zeit gefehlt, ebenso wie Herr Kopych, der zwei Stunden nach der
Abstimmung auf der Bildfläche erschien, ebenso wie der Abg. Eichhoff,
der als entschuldigend betrachtet werden muß, weil er durch den Herrn
Abg. Müller-Sagan überhaupt nicht zu der Sitzung geladen war.
Die Herren haben ebenso zur rechten Zeit bei den Eisenzöllen gefehlt,
wie die Vertreter der freisinnigen Volkspartei bei der ersten
Beratung der Gerbstoffzölle alle durch Abwesenheit glänzten.
Diese Beratung fand am 10. April statt. In der zweiten Sitzung
am 23. September waren alle freisinnigen auf dem Platz und
stimmten geschlossen für die Zollfrage der Regierungsvorlage.

So sehen die Erfindungen und Entstellungen der „Frei-
sinn.“ aus. — Schlimmer aber steht es noch mit dem, was die „Frei-
sinn.“ verschleiert, beziehungsweise aus jener Versammlung unterschlägt.
Zum Beweise dessen sei nur ein Punkt hervorgehoben. In der Ver-
sammlung des fünften Reichstags-Wahlkreises im Schweizergarten
am 13. Mai wurde der unwiderlegliche Nachweis erbracht, daß
Herr Juid in der ersten freisinnigen Wahlversammlung im Handwerker-
saal dem Sinne nach sich über das Reichstimmrecht dahin ausgesprochen
habe: Das Bürgerium müsse sich in Reich, Staat
und Kommune endlich denjenigen Einfluß sichern,
der seiner Intelligenz und seiner Steuerkraft ent-
spreche. Nicht dürfe die rohe Masse mit dem
Stimmrecht in der Faust Geißel diktiert. —
Das ist eine Sorte von Liberalität, die man beim besten Willen
nicht mehr verdächtigen kann.

Fälscher aus Prinzip. Von dem edlen Lorenz, dem Fälscher aus
Prinzip, läßt sich die „Post“ eine Geschichte vom socialdemokratischen
Parteiprogramm erzählen, die ebenso verlogen wie dumm ist.
Dumm deswegen, weil das socialdemokratische Parteiprogramm in
Millionen Exemplaren fortwährend verbreitet wird und von jeder-
mann nachgelesen werden kann. Der Lorenz-Artikel der „Post“
beschäftigt sich mit unserer Notiz über die von der „Deutschen Tages-
zeitung“ verbreiteten Äußerungen des Genossen Ledebour und citiert
daraus diesen Satz:

„Der von der „D. T.“ citierte Satz trägt für jeden, der mit der
socialdemokratischen Gebanwelt vertraut ist, den Stempel der
plamphägen Fälschung an der Stirn, da hier konsequent als ge-
wohnter Zweck der politischen Aktion der Socialdemokratie hingestellt
wird, was die Socialdemokratie selbst als Tendenz der wirtschaft-
lichen Entwicklung in der kapitalistischen Ordnung erlaubt hat und
darstellt.“

Nach diesem Citat wird ein ganzer Stübel von Schimpfereien
über uns ausgeschüttet, daß dies eine Fälschung sei, denn das
Programm, nachdem es die Tendenzen der wirtschaftlichen Ent-
wicklung dargelegt, fahre fort:

„Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und
einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu
weisen — das ist die Aufgabe der socialdemokratischen Partei.“

Man kann sich wirklich nicht mehr enträsten über solche bodenlos
dreiste Verdrehungen. Wir setzen statt vieler Worte her, wie das
socialdemokratische Programm in diesem Punkte lautet:

„Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehemals
das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt
zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und
Kleinrentner zu expropriieren und die Arbeiter — Kapitalisten,
Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter
zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums
an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke,
Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches
Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in socialistische,
für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es be-
wirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit
der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Massen aus
einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle
der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung
werde.“

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht
bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das
unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk
der Arbeiterklasse sein, weil alle andern Klassen, trotz der Interessen-
streitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an
Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der
heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung
ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann
ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomischen
Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den
Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht
bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und ein-
heitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu
weisen — das ist die Aufgabe der Socialdemokratischen Partei.“

Aus dem Kampfe gegen die kapitalistische Ausbeutung macht also
„Post“-Lorenz einen Kampf gegen den Kohlenkeller. Und mit solchem
geistigen Lumpengefindel muß man sich herumschlagen!

Ungeheuerliche Beeinträchtigungen der Wahlagitiation. In Zeitel-
s-hain bei Grimmitzhan in Sachsen wurde am vergangenen Freitag
eine Wahlversammlung mit der direkt gesetzwidrigen Begründung
aufgelöst, daß Versammlungen nicht über 12 Uhr nachts dauern
dürfen, daß sie vielmehr an dem Tage zu Ende gehen müßten, für
den sie eberufen seien. Davon steht nichts im Versammlungsgesetz
und es ist längst durch die obersten Behörden entschieden, daß
eine solche Versammlungsauflösung gesetzwidrig ist.

In St. Andreasberg im Harz hatten unsere Parteigenossen
eine Wählerversammlung nach einem dortigen Schanklokal ein-
berufen. Die Versammlung wurde durch folgende Verfügung ver-
boten:

Der königliche Landrat
des Kreises Zellerfeld.

Zellerfeld, den 13. Mai 1903.
Erwidert auf das Schreiben vom 12. Mai 1903.

Eine öffentliche Wählerversammlung kann bei dem Schankwirt
Germann Eichhoff in St. Andreasberg nicht abgehalten werden,
da sich in der Eichhoffschen Wirtschaft kein Raum befindet, welcher
als öffentlicher Versammlungsraum dienen kann.

(Name unleserlich.)
Auch dieses Verbot ist eine offene Gesetzwidrigkeit und würde
bei einer Wahlaufrichtung dazu führen, den Wahlakt für diesen Ort
zu lassen.

Die geistigen Waffen des Centrums. Unser Elberfelder Partei-
blatt teilt folgendes Agitationserlebnis mit:

In letzter Zeit haben einige Centrumsblätter ganz offen dazu
aufgefordert, die socialdemokratischen Flugblattverteiler aus dem
Dorfe hinauszujagen. Dieser fromme Rat ist am Sonntag von
den gläubigen Schäfchen unter Anführung eines Polizisten in Ueber-

heim (Wahlkreis Neuh) befolgt worden. Dorthin zogen gestern Genossen
von Venroth, um Flugblätter zu verteilen. Als sie bemerkt wurden, lief
ein Polizist nach Stürzelberg und schellte dort aus: Die Social-
demokraten kommen! In Leddesheim angekommen, wurden dann
unsre Genossen, sieben Personen, von ca. 15 jungen Burken und
Weibern, mit Peitschstielen bewaffnet, angefallen und zum Dorfe
hinausgejagt. Unter den Wegelagerern that sich besonders ein
Polizist in Civil hervor, der wohl als der Anführer der Bande
gelten kann. Wie man sieht, haben die Zollbrigaden des Reichs-
tages böse Schule gemacht. Unsre mißhandeltesten Genossen werden
die Sache natürlich zur Anzeige bringen und wir werden ja dann
sehen, ob sich ein Staatsanwalt findet, der die schwarzen Wegelagerer
wegen Landfriedensbruch — denn ein solcher liegt vor — unter An-
lage stellen wird.

Ein Erfolg des schlichten Centrumsmannes. Aus Breslau
wird uns geschrieben:

Der Arbeiterkandidat des ober-schlesischen Centrums,
Vergmann Kroll, hat seinen ersten großen Erfolg errungen.
Zwar ist er noch nicht gewählt, aber er hat erreicht, daß seine radikal-
polnische Gegner im „Gornoslagat“ zu 500 M. Geldstrafe event.
100 Tagen Gefängnis verurteilt wurden, weil diese den Arbeiter-
kandidaten beleidigt hatten. Der Anfang ist vielversprechend.
Der Pole Kroll soll in seinem Wahlkreise übrigens neben dem
Deutschen Antz noch einen zweiten Centrumsgegner erhalten:
Herrn Sobczil, der deutsch und polnisch ist. Wenn das nicht hilft!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Mai.

Wo ist der Feind?

An jenem Abendsontag des vollendeten Zollraubs taumelten
die vereinigten Parteien der Gewaltstreiche in der frohlichen Hoff-
nung, nun auch bei den Wahlen fest auf die Socialdemokratie
gemeinsam loszugehen.

Thatsächlich wurde in nationalliberalen Centralbureau der von
uns aus Licht gezogene Kartellplan gegen die Socialdemokratie aus-
gearbeitet. Eugen Richter, der während der Zollkämpfe nur als
Berräter den Zollraub befördert hatte, begnügte sich nicht mehr
mit dem Leiter-Halten, sondern stieß offen mit den Seinen zu dem
Wassermann, Bachem, Kardorff, Kröcher. Die „Norddeutsche All-
gemeine Zeitung“ bemühte sich — gegen Wilow-Pobodowitsch für die
preussischen Minister — die preussische Specialpolitik zu fördern
und jammerte nach einem Kartell. Auch Hahn (7,50 Mark) schloß
mit Kröcher (Antrag Kardorff) seinen Frieden. Das national-
liberale Centralbureau ließ sein Flugblatt gegen den alleinigen
„Feind“, die Socialdemokratie, ausgehen. Thatsächlich war
kein Unterschied mehr zwischen den Parteien zu entdecken.
Alle lebten sie von dem Duzend antisocialdemokratischen
Wahlflügen Eugen Richters, Junler und Juden, Industrie und
Magnaten, Händler und Handwerker, Pfaffen und Arbeiter — alles
marschierte Arm in Arm und schimpfte auf die socialdemokratischen
Arbeiter.

Neuerdings wird nun einigen Leuten, die sich an ihren
Liberalismus erinnern, schmil, daß der Liberalismus in der Zeit
der ärgsten agrarisch-feudalen Reaktion sich um Kröcher, Richter und
Bachem scharte. Auch fürchte man für die Handelsvertreter.
Zuerst kam Prof. Delbrück und erklärte in den „Preussischen Jahr-
büchern“: Nicht die Socialdemokratie, der Bund der Landwirte ist
der Feind! Der alte Lichterfelder Popular-Philosoph Eduard v. Hart-
mann nahm die Lösung auf. Professor Delbrück nahm abermals
das Wort und meinte, mit der Socialdemokratie habe es keine Ge-
fahr, es gelte den Bund der Landwirte bei den Wahlen zu zer-
schmettern. Würde die Socialdemokratie zu stark, so bedürfte es
nur einer Auflösung des Reichstages unter der Parole einer Militär-
vorlage, um alle staatsbehaltenden Parteien von Anno 1867 und
1893 gegen den Unsturz zusammenzubringen. Uebrigens ein kleiner
professoraler Irrtum: 1893 wählte die große Mehrheit gegen die
Militärvorlage, und nur der Umfall der kleinen Antisemitengruppe
ermöglichte es dem Grafen Caprivi, die Vorlage durchzubringen. Trotz
der staatsbehaltenden Stimmung Delbrücks genügte seine Gegnerschaft
gegen den Bund der Landwirte, daß die „Kreuz-Zeitung“ in der Morgen-
nummer des 19. Mai von „einem socialdemokratischen Vorkämpfer
auf dem Ratheder“ redet.

In der „National-Zeitung“ schließt sich endlich der Vice-
Admiral a. D. Hoffmann diesen Bestrebungen an. In melan-
cholischen Betrachtungen über „die Liberalen, die bei Seite stehen“,
polemisiert er gegen den nationalliberalen Wahlaufzug:

„Geben wir zu befürchten, daß Deutschland in Kerikalem oder
in socialdemokratischem Sinne regiert wird? Sicherlich nicht.
Aber sind wir sicher, daß das Reich vor feudalen Wuchtgeheiß
geschützt bleibt? Da liegt die Gefahr, die abzuwenden es der
Anfütterung der Indifferenten bedarf. Uns davor zu schützen
muß gemeinsame Lösung aller Liberalen sein im Gegensatz zu den
Konservativen. Um diesen Gegensatz handelt es sich.“

Nur wenige vermögen anzugeben, wo sich die Fraktion der
Nationalliberalen von den Nachbarfraktionen zur Rechten und zur
Linken scheidet. Ja, die Scheidung nach der Rechten ist weniger
klar, als die nach der Linken. Diese Grenze nach rechts scharf zu
ziehen, darf nicht unterlassen werden.“

Hoffmann hat kein „volles Vertrauen“ zu dem nationalliberalen
Wahlaufzug. Er nennt sich einen der Liberalen, „die der Partei-
leitung nicht folgen wollen, so lange nur gegen Sonderinteressen im
allgemeinen und nicht gegen feudale Sonderinteressen im besonderen
gestritten werden soll. Die meinen, daß man ohne Socialdemokraten
nicht auskommen kann, solange die Nationalliberalen nicht Front
machen gegen die Agrarkonservativen.“ Und er fordert schließlich, daß
die nationalliberalen Wahlkandidaten „keinen Zweifel an ihrem
Gegensatz zu konservativen Sonderbestrebungen“ bestehen lassen
dürften.

Wir legen allen diesen Versuchen einer liberalen Wiedergeburt
wenig Wert bei. Sehr bezeichnend ist schon, wie die „Freisinnige
Zeitung“ die Hoffmannsche Klage in der Wiedergabe fälscht, in-
dem sie alle Sätze gegen die öde Socialistenfresserei unter-
schlägt, so daß ihre Leser zu der Meinung kommen müßten,
Hoffmann befürworte lediglich einen Anschluß der Liberalen an die
Freisinnige Volkspartei, während er gerade den freisinnigen Kampf
gegen die Socialdemokratie, ohne die man nicht auskommen könne,
mit verurteilt.

Kein, der Liberalismus ist tot. Wassermann und Eugen Richter
graben sein Grab, Spahn segnet die Leiche und Kröcher schießt
Ehrensalven über sein Grab. Der „Feind“ bleibt die Socialdemo-
kratie, der Feind und — Sieger! —

Vorlagen für den preussischen Landtag. Nach der „National-
Zeitung“ werden dem neu zu wählenden preussischen Abgeordneten-
haus eine Novelle zum Knappschafts-Gesetz, eine Abänderung
des Wahlgesetzes und andre kleinere Entwürfe vorgelegt werden.
Alles — nur nicht die Kanalvorlage! —

Der „Ausländer“ Normann-Schumann. Eine äußerst merk-
würdige Nachricht verbreitet eine Gerichts-Korrespondenz, die meldet:
In der bekannten Beleidigungsklage des bekannten Normann-
Schumann gegen den Abg. Bebel wegen dessen vielertwählter
Veröffentlichung im „Vorwärts“ ist, dem Vernehmen nach, das
Verfahren einstweilen eingeleitet worden, weil Normann-Schumann
sich fortwährend im Auslande aufhält. Das Verfahren wird erst

feinen Fortgang haben können, wenn der Kläger seinen Aufenthalt wieder im Inlande genommen haben wird.

Norman-Schumann, der Freund und Eideshelfer Stüders, weist schon seit Jahren — abgesehen von Gastspielreisen nach Berlin — im Ausland. Das aber hat nicht gehindert, daß neuerdings zweimal unser verantwortlicher Redakteur wegen Schumann-Belästigung verurteilt worden ist. Und plötzlich will man den majestätsbeleidigenden Intimus der deutschen Polizei, des Grafen Waldersee und anderer hervorragender Persönlichkeiten nicht als Kläger gegen Webel zulassen! Fürchtet man den Kläger oder den Beklagten? —

Das Märchen vom Terrorismus, mit dem die Socialdemokratie angeblich die Arbeiter in ihr Joch zwingt, wird von der „Post“ jetzt fallen gelassen. Das Blatt schreibt:

„Eine verkehrte Taktik der Regierung bei den Staatsverhandlungen des Reichstags, welche so viel dazu beigetragen hat, daß die Socialdemokratie die schwere Niederlage in dem Obstruktionsfeldzuge ohne erheblichen Nachteil überwinden hat, zeitigt immer schlimmere Früchte.

Wie das Gesetz zur besseren Sicherung des Wahlgeheimnisses, so war auch jenes Verhalten der Vertreter der Reichsregierung, welches von den Socialdemokraten — und nicht von diesen allein — vielfach als eine Verbeugung vor dieser Partei aufgefaßt wurde, von dem Gedanken geleitet, daß die Socialdemokratie die großen Arbeitermassen nur durch äußeren Druck beherrsche und es deshalb lediglich der Befreiung von diesem Druck bedürfe, um sie wieder zu Kaiser und Reich zurückzuführen. Daß diese Anschauung, welche anscheinend auf einem oberflächlichen Momenteneindrucke beruht, den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht, haben wir wiederholt dargelegt; jetzt aber mehrten sich sogar die Anzeichen, daß jene verkehrte Taktik der Vertreter der Reichsregierung wesentlich dazu beiträgt, die bisher noch nicht socialdemokratisch verfaulenden Arbeiter in den Mann dieser Partei zu bringen.“

Die „Post“ begiebt sich mit dieser Darlegung in die angenehme Lage, daß wir ihr einmal ausnahmsweise zustimmen können. Die angeführten Arbeiter sind Anhänger der Socialdemokratie, weil diese ihre Interessen vertritt und weil die Socialdemokratie als eine wahrhaft demokratische Partei die einzige politische Partei ist, in der die Arbeiter selber richtung und ausschlaggebend sind für die Politik, die die Partei zu verfolgen hat. Terrorisiert werden die Arbeiter in allen anderen Parteien, und ein selbständig denkender Arbeiter kann keiner anderen Partei angehören, wie der socialdemokratischen, weil er allein in dieser zu seinem Rechte kommt. Nur das gemeinsame Interesse und die Kraft der Idee eint die Socialdemokratie und keinerlei äußerer Druck, darin hat die „Post“ ganz recht. —

Der Pastor der Dänenheide. Einer der Hauptheker des Röllers-Aufreises gegen die Dänen, der Pastor Jakobsen in Scherrebek, ist dem „Berl. Tagebl.“ zufolge von seinem Amte suspendiert worden. Es wurde gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet wegen angeblich vorgelommener Unregelmäßigkeiten in der Leitung der Gründungen zur Förderung des Deutschthums in der Nordmark. Jakobsen, der Gründer des Nordseebades für reines Deutschthum Vallo landidierte im vorigen Jahre für den Reichstag.

Danach scheint die Korruption in den Kreisen der „fremdenfeindlichen“ „Nordmärker“ nicht minder groß wie bei den Ostmärkern. —

Umsturz in den oberen Regionen. In den höchsten Regierungs- und Militärstellen grassiert die Revolution. Die „Throne“ der Kommandanten und Oberpräsidenten trachen gräßlich. Dem Erbprinzen von Meiningen folgt der sächsische Oberpräsident Fürst Hagenfeld in die Unterwelt der Ungnade. Es wird ausdrücklich bemerkt, daß sein „Rücktritt“ nicht „lediglich“ aus „Gesundheitsrücksichten“ erfolge.

Deutzutage muß jeder, der „steht“, ganz besonders aufpassen, daß „er nicht fällt“! —

Das Wasser ist unser Ruin! Die Wasserpatrioten, die im Reichstag — im höheren Stimmungen willen — Milliarden ins Meer werfen, suchen sich vor den Wählern durch ihre Wasser-scheu populär zu machen.

So jammerte der konservative Himburg, der Vorkämpfer gegen das „Alosetzgesetz“, über die Kolonialpolitik und polemisierte sogar gegen den Kaiser:

„Ein Kaiserwort sagt: Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser! Ich aber sage: Das Wasser droht unser finanzieller Ruin zu werden; etwa 1911 oder 1912 wird bei dem weiteren Ausbau des Flottenplanes der Marine-Etat den Heeres-Etat eingeholt haben und später noch höher werden. Wie wollen wir das finanziell schaffen? Es wäre gewiß schön, wenn wir eine recht starke Flotte hätten, aber wir können eben nur so viel leisten, als in unseren Kräften steht.“

Damit hat Herr Himburg seine Wähler aufgefordert, ihm nicht die Stimme zu geben, denn im Reichstag wird und muß er weiter am finanziellen Ruin arbeiten! Auch ihm ist die Flotte sicher gräßlich, aber er schludt sie dennoch! —

Im Privatgespräch die Wahrheit gesagt hat, wie unser karlsruher Parteiorgan jüngst festgestellt hat, der Centrums-Abgeordnete Marbe, der auf einer Eisenbahnfahrt ausherte: „Glauben Sie ja nicht, daß die Volksgeschichte unserer Landwirtschaft auch nur einen Deut nütze.“

Herr Marbe hat diese Aeußerung zwar abzuleugnen versucht, es ist ihm aber nicht gelungen. Warum schämt er sich auch dieser sehr vernünftigen Ansicht? Wenn er unter vier Augen wenigstens die Wahrheit zu sagen beginnt, so ist das immerhin ein Anfang zur Besserung.

Ein anderer badischer Centrums-Abgeordneter Schüler-Ebringer hat in einer Veranmlung gemeint, der Getreidezoll sei eine für unsere Landwirte nicht gewinnbringende Einrichtung, die nur der Bereicherung des agrarischen Großgrundbesitzes diene.

Sehr richtig! Im Reichstag aber bereichern eben die Centrunsherrn die Großgrundbesitzer, die auch im Centrum den Ton angeben! —

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Zu den Unruhen in Kroatien. Aus den Ortschaften Draga und Porto Re werden Kundgebungen gemeldet, welche sich gegen das ungarische Wappen auf öffentlichen Gebäuden richteten, wobei Schmährungen gegen den Kaiser ausgesprochen wurden. Teilnehmer ähnlicher Kundgebungen zerstörten an mehreren andern Orten Telegraphen- und Telefonleitungen. Zwischen Blage und Meja herrscht Ruhe, die Bahngelände mit Steinen, so daß ein Lastzug auf offener Strecke halten muß, da er von der Menge mit Steinen beworfen wurde, nach Blage zurückkehren mußte. Die aufgebotene Gendarmenriehe zerstreute mit Hilfe von Militär die Aufseher überall, ohne Widerstand zu finden. —

Frankreich.

Kirchenpolitik. Der Ministerrat hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, der Ministerpräsident Combes solle heute in der Kammer verlangen, daß das Haus sofort die Interpellationen über die Kirchenpolitik des Kabinetts und die Ausführung des Gesetzes über die Kongregationen verhandelt. Der Ministerrat beschloß sich sodann mit dem Budget für 1904. Die Regierung ist entschlossen, das Budgetgleichgewicht ohne Anleihe oder neue Steuern durch Ersparungen herzustellen. —

Paris, 18. Mai. Der Ministerpräsident sperrte die Bezüge der Pfarrer in Belleville und Plaisance, weil sie unter Verletzung der Vorschriften des ministeriellen Rundschreibens, die Kanzeln ihrer Kirchen Mitgliedern nicht genehmigter Kongregationen eingeräumt haben. —

Deputiertenkammer. In der heute wieder zusammengetretenen Kammer schlug Ministerpräsident Combes nach Eröffnung der Sitzung vor, sofort über die Interpellationen zu verhandeln, die sich auf die Kirchenpolitik der Regierung beziehen. (Beifall links.) Binder (L.) fragt, welche Gründe der Ministerpräsident bestimmt hätten, die Demission des Polizeipräsidenten Vigne herbeizuführen und ihn durch seinen (Combes) Sohn zu ersetzen. Ministerpräsident Combes legt gegen solche Anschuldigungen energisch Protest ein und erklärt sie für falsch. (Beifall.) Diese Anschuldigungen seien ebensowenig begründet wie die betreffend die Million der Karthäuser. Combes verlangt schließlich, daß die Interpellation hinter alle andern zurückgestellt werde. (Anhaltender Beifall.) Sodann wird die Beratung der Interpellation betreffend die Kirchenpolitik der Regierung und die Ausführung des Kongregationsgesetzes beschlossen. Abbe Gayraud, katholischer Republikaner, begründet die Interpellation über das von der Regierung beanspruchte Recht, den Mitgliedern der aufgelösten Kongregationen das Predigen zu unterlagen. —

Spanien.

Die Cortes sind am Montag mit einer Thronrede eröffnet worden, in welcher der König zunächst das Vertrauen ausdrückt, daß das Parlament ihn bei der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützen werde, die darin bestehen, das nationale Leben wieder zu neuem Glanze zu bringen, die organischen Gesetze auszubauen, den Kredit zu kräftigen, den Nationalreichtum zu fördern, die Ordnung und die freiheitlichen Einrichtungen aufrecht zu erhalten. Der König spricht dann weiter von der Liebe und ländlichen Verehrung, welche er für den Papst empfinde, und äußert die Hoffnung, daß die Verhandlungen über Neuregelung des Konfordsats zu einem befriedigenden Ergebnis führen würden.

England.

Chamberlains Birminghamer Rede findet in den englischen Kolonien, mit Ausnahme Kanadas, nur halbe Zustimmung. Der Premierminister von Natal erklärte in einer Unterredung, er sei für einen Vorzugstarif mit England und für Behandlung auf Gegenseitigkeit, aber der Reichs-Freizahandel sei unter den gegenwärtigen Umständen unmöglich. Der Führer der Antirandebond-Partei, Hofmeyer, äußerte sich gegenüber einem Vertreter des „Netherischen Bureaus“, wenn Chamberlain andeuten wollte, daß Gegenseitigkeitsverträge zwischen den Kolonien und dem Mutterlande bestehen sollten, so stimme er mit ihm überein; aber wenn Chamberlain nur Vorzugsbehandlungs-Tarife von Seiten der Kolonie im Auge gehabt habe, so läme er dem seine Zustimmung nicht geben, da ein solches Verhältnis keine dauernde Wirkung haben könnte. Er sei geneigt zu glauben, daß der Vorschlag der Bloemfontein-Konferenz, englischen Waren eine Vorzugsbehandlung zu gewähren, im Kapparlamente werde angenommen werden, wenn von dieser Annahme die Aufnahme oder Nichtaufnahme der Kapkolonie in den südafrikanischen Zollverein abhängig gemacht werde, obgleich die Mehrheit der Mitglieder des Kapparlaments persönlich gegen den Vorschlag sei.

Noch weniger ist man in den Regierungskreisen Australiens von Chamberlains Auslassungen erbaud. Der „Morningleader“ berichtet aus Sidney: Der Premierminister der australischen Föderation, Barton, dementiert entschieden die Erklärung Chamberlains, daß der australische Bund bereit sei, eine Zollbegünstigung gegenüber England einzuführen. —

Rußland.

Der Gouverneur von Kischinew, Generalleutnant v. Maaben, wurde durch kaiserlichen Ukas seines Postens enthoben. — In Kronstadt erschloß sich ein Offizier des kaiserlichen Regiments, nachdem in der Wohnung seiner Verwandten bei einer Hausdurchsuchung Briefe gefunden worden waren, die seine Beteiligung an der revolutionären Propaganda erwiesen. —

Bulgarien.

Das neue Ministerium. Der Versuch zur Bildung eines Koalitionskabinetts ist gelungen. Nach der „Agence télégraphique Bulgare“ übernimmt der General der Reserve Petrow Präsidium und Aeußeres, D. Petkoff Inneres, Dr. Ghendiev Justiz, Professor Schifmanow Unterricht, Direktor der landwirtschaftlichen Klassen Manufishev Finanzen, Oberst Sawow Krieg, D. K. Popow öffentliche Arbeiten und interimsweise Handel. — Von den Mitgliedern des neuen Kabinetts gehören Petrow, Petkoff und Ghendiev der Partei Stambulow an, während die übrigen vier Vertrauensmänner des Fürsten sind. —

Türkei.

Die Flotte erklärt, daß mit dem Einmarsch der Truppen in Jpeh die Hauptaktion beendet sei. Jetzt verbleibe nur noch die Züchtigung der albanesischen oppositionellen Minorität. Diese würde auch gegen jene durchgeführt, welche erst im letzten Augenblick Gnade erbitten haben. Auch im Jildiz scheint die Stimmung zurechtgerichtet zu sein. —

Partei-Nachrichten.

Zwei Sänder haben am Sonntag das Gefängnis verlassen, um in die „deutsche Freiheit“ zurückzukehren. Einer von ihnen ist der Genosse Fr. Langhorst, der einen Monat im Gefängnis zu Strafsurz zubringen mußte. Während dieser Zeit wurde ihm jede Vergünstigung, sowohl die Selbstbeschäftigung, wie die Selbstbelöstigung verweigert. — Besser ging es dem Genossen Thiel in Cassel, dem während einer siebenmonatlichen Gefängniszeit wenigstens die Selbstbeschäftigung gewährt wurde. Genosse Thiel ist Reichstagskandidat für Cassel und verläßt gerade zur rechten Zeit das Gefängnis, um sich noch selbst in den für ihn recht ansichtsreichen Wahlkampf zu stürzen. Zur Begrüßung ihres Kandidaten hatten sich bei seiner Entlassung mehrere 100 Parteigenossen vor dem Gefängnis eingefunden.

Im Leipziger Bierkrieg ist zwischen dem Lokalkomitee und dem Brauereiverein vereinbart worden, daß der große Saal „Sausouci“ im Stadtimern während der Reichstagswahl zu einigen Versammlungen zur Verfügung gestellt und die Lokalangelegenheit im Norden innerhalb eines Jahres geregelt werden soll. Die Vertreter der Brauereien erkannten an, daß das Vorgehen der Leipziger Socialdemokratie angeht, daß das einseitige Verhalten vieler Saalbesitzer verständlich sei. Die Vertreter der Arbeiter überzeugten sich ihrerseits, daß der Einfluß der Brauereien auf die Saalbesitzer größere Zustände nicht zu Zeit nicht möglich mache; sie verpflichteten sich, in diesem Sinne an eine öffentliche Versammlung, die gestern abend stattfinden sollte, zu berichten.

Totenliste der Partei. In Dortmund trugen die Genossen am Sonntag den Genossen Bönninger zur letzten Ruhe. — In Rönneburg starb im Hospital der alte treue Genosse Joseph Karmann. Von der jüngeren Generation haben Karmann wohl nur wenige mehr kennen gelernt, war er doch durch harte Schicksalsschläge und mit zunehmendem Alter (er ist 75 Jahre alt geworden), in der letzten Zeit nicht mehr in der Lage, für die Partei thätig zu sein. Karmann, von Beruf Schreiner, wandte sich schon in jungen Jahren dem Socialismus zu; er war in den sechziger Jahren Anhänger Lassalles und eine Zeitlang Vorsteher des Rönner Lassalischen Arbeitervereins. Später begeisterte er sich für die Lehren von Marx und Engels, und Friedrich Engels schätzte den Genossen persönlich so sehr, daß er ihn bei seinem Besuche Deutschlands anfangs der neunziger Jahre aufsuchte. In den letzten 10 Jahren hat sich Karmann als Bildereinnehmer und Kolporteur durchgeschlagen. Kaum ein zweiter wird wie er vom Unglück in der Familie heimgeführt worden sein. 32 Jahre lang war seine Frau blind, und kurz vor ihrem vor zwei Jahren erfolgten Tode verfiel sie in Wahnsinn. Nichts aber vermochte den alten Karmann von den sozialistischen Ideen abzubringen; er trug die Schicksalsschläge mit großer Ergebung, und wie er sich bis ans Lebensende für alle Partei-Angelegenheiten interessierte, beweist die Thatsache, daß er noch wenige Tage vor seinem Tode einem ihm besuchenden Freunde sein Bedauern darüber ausdrückte, den Genossen

Webel nicht mehr sehen und begrüßen zu können. Der tapfere Mann, der so vieles erduldet, dessen Herz aber niemals für den Socialismus zu schlagen aufgehört hat, kann den Jüngeren als Vorbild treuester Pflichterfüllung dienen. — In W i n d e n ist der Schneider Johann Hart einem langwierigen und überaus schmerzhaften Leiden im Alter von erst 42 Jahren erlegen. Genosse Hart, ein Sohn des bayrischen Waldes, kam vor ca. 25 Jahren als blutjunger, lebensfroher Handwerksbursche nach München, fand hier Beschäftigung, gründete später einen Hausstand und blieb Münchener bis zu seinem Tode. Als Proletariatskämpfer fand er aber auch bald den richtigen Platz in der Arbeiterbewegung und der politischen Partei. Seine Ausdauer, Opferfreudigkeit und vor allem ein geradezu goldener Humor, der dem nun Entschlafenen bis in die letzten Tage seines Lebens treu blieb und ihm die Qualen seines Leidens leichter werden ließ, sichern dem verbliebenen Kämpfer in der Münchener Partei das allerbeste Andenken.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Eine öffentliche Verbreitung von Flugblättern erblickte der Amtsanwalt von dem Schöffengericht in Schwabach darin, daß die Genossen F. Gähler und Heinrich Feld bei einer Flugblatt-Verbreitung in Langensfelden dem dortigen Gendarmen auf dessen Aufforderung auf der Straße ein Flugblatt gegeben hatten. Das Schöffengericht konnte sich dieser staatsanwaltschaftlichen Logik nicht anschließen und erkannte auf Freisprechung.

— Ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung schwebt zur Zeit gegen den Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Genossen Dr. L e n s c h. In einer Notiz dieses Blattes über den Empfangsjubiläum in Dresden zu Ehren des Königs Georg wurde eine Beleidigung des sächsischen Königs erblickt.

Aus Industrie und Handel.

Der Baumwoll-Corner. Auf dem amerikanischen Baumwollmarkt herrscht seit beinahe 14 Tagen eine Haufe, die bereits in den letzten Tagen auf dem Liverpooler Markt ein starkes Echo gefunden hat. Auf dem Papier finden täglich enorme Umsätze statt — an einem Tage in voriger Woche wurden über eine Million Ballen umgesetzt — und der Preis ist gestern bis auf 11,85 Dollar getrieben worden; ein Preis, der den des Winters um 40 Proz. übertrifft. Von einem Teil der Presse wird diese Aufwärtsbewegung darauf zurückgeführt, daß die Vorräte nicht im Verhältnis zur gestiegenen Nachfrage stehen; thätiglich handelt es sich aber, wie aus allen Neben Umständen deutlich hervorgeht, um systematische Preisstreiberie, die von zwei gemeinsam arbeitenden Spekulantengruppen ausgeht: einer Gruppe in New Orleans unter Führung des Spekulanten Brown und einer andern Gruppe in New York unter Führung Sullys. Durch Aufkauf des größten Teils der Vorräte haben diese beiden Gruppen zur Zeit eine wenig bestrittene Herrschaft über den amerikanischen Markt erlangt, wobei sie allerdings durch gewisse Umstände wesentlich unterstützt worden sind. Die Ernte ist zwar reichlich ausgefallen, soweit sich beurteilen läßt, reichlicher als im Vorjahre; infolge der kalten, nassen Witterung, die sich vor der Zeit des Pflanzens eingestellt, haben aber manche Sorten eine etwas geringere Qualität, als in gewöhnlichen Jahren, so daß, wenn auch nicht im Ganzen, so doch in einzelnen Sorten eine Minderernte festgefunden hat. Und hierzu kommt, daß in letzter Zeit ein besonders starker Versand nach dem europäischen Kontinent erfolgt ist, während England bisher etwas weniger gekauft hat, als in den beiden letzten Jahren.

Am Freitag schien es, als würde die Preisstreiberie zum Stillstand kommen. Auf die Nachricht, daß ein Teil der Spinner im Süden der Vereinigten Staaten und in Lancashire beabsichtige, den Betrieb einzustellen, schritt Mr. Sully in New York zu Realisationsverläufen, wohl in der Annahme, daß es besser sei, Schluss zu machen, ehe ein Umschlag erfolge, wird doch der Gewinn, den seine Gruppe erzielt hat, auf 25 bis 30 Millionen Mark veranschlagt. Aber Herr Brown hat noch keine Lust zur Abwicklung; er ist nach New York gereist, um Sully von seinem Vorhaben abzurufen; und daß ihm dies gelungen sein muß, beweist die Thatsache, daß gestern der Preis pro Ballen erneut um beinahe 3 Dollar in die Höhe getrieben wurde.

Hibernia, Bergwerks-Gesellschaft, Herne. Die Gesellschaft beruft zum 13. Juni cr. eine außerordentliche Generalversammlung ein, die über eine Kapitalerhöhung zwecks Erwerbes der „Zeche General Blumenthal“ beschließen soll. Das für den Erwerb der Zeche erforderliche Kapital soll durch Ausgabe von 10 Millionen Mark neuer Aktien (a 1000 M.) beschafft werden, welche für die letzten drei Quartale des Jahres 1903 und das ganze Jahr 1904 bis zu 4 Proz. an der Dividende teilnehmen, vom 1. Januar 1905 an aber voll dividendenberechtigt sind. Für jeden Akt der Gesellschaft „General Blumenthal“ sollen je zehn dieser Aktien im Umtausch gegeben werden.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ueber die Lohnbewegung der Schuhmacher berichtete Herrmann am Montagabend in einer öffentlichen Schuhmacherverammlung. Nach dem Bericht können die Schuhmacher mit ihren Erfolgen in den kleineren Geschäften und Beschäftigten zufrieden sein, indem nur noch 15 Ausständige zu verzeichnen sind, die in den nächsten Tagen bestimmt untergebracht werden — und die in Arbeit stehenden nur zum Minimallohn und darüber hinaus beschäftigt sind. Namentlich lasse sich dies leider noch nicht feststellen. Fest steht, daß die letzte Bewegung der von 1901 an Erfolge bedeutend überlegen ist und die Organisation sich eine nicht zu verkennende Position dadurch errungen hat. Von einem anscheinenden Teil der Arbeitgeber ist der Arbeitsnachweis des Vereins anerkannt worden. Was das Kontrollbuch des letzteren für Gezellen anlangt, so ist der Innungsvorstand bereit, darin enthaltene Karten in der nächsten Generalversammlung abzustellen resp. zu streichen. — In den besseren Maßgeschäften ist der Stand ein anderer. Im Streik stehen 303, zu den neuen Bedingungen arbeiten ca. 140. Das Gros der Unternehmer ist der Ansicht, daß der Inhalt des vorgelegten Lohnvertrags undiskutabel sei. Verhängt hat sich die Situation infolgedessen, als die Polizeibehörde rücksichtslos gegen die Streikposten vorgeht, welches jedoch weder die günstige Lage des Streiks im allgemeinen, noch den musterhaften Geist der Streikenden zu beeinträchtigen vermag. Die Verlegenheit, in der sich die starklöpfigen Unternehmer befinden, macht sich am deutlichsten in den von ihnen in Scene gesetzten Wandern bemerkbar. Einestheils versucht man, die bestellte „Handarbeit“ in mechanischen Fabriken herstellen zu lassen (Zwischenrufe: Petrug!) oder Firmen der Provinz für Streikbrecher-Arbeit zu gewinnen; andererseits rechnet man damit, die Ausständigen zum Streikbruch zu überreden, jedoch ohne Erfolg. Wir waren von vornherein gewappnet — so schließt der Redner —, indem wir uns für die Dauer der Bewegung auf Wochen vertraut machten. Die Lohnkommission hält sich verständig, daß die Streikenden nach wie vor an dem bisher eingetommenen Standpunkt festhalten, bis die Unternehmer von selbst kapitulieren oder auf Verhandlungen sich einlassen. Nach kurzer Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung erklärt die Lohnbewegung zur Durchführung des Minimallohnvertrags für beendet. Da durch die Beendigung dieser Bewegung die verhängte Sperre über den Arbeitsnachweis der Innung gegenstandslos geworden ist, beschließt die Versammlung die Aufhebung derselben, empfiehlt jedoch im Falle der Arbeitslosigkeit in erster Linie den Arbeitsnachweis des Vereins der Schuhmacher zu benutzen und auf keinen Fall Arbeit unter dem Minimallohnvertrage anzunehmen. Die Versammlung ist damit einverstanden, daß der Inhalt des Kontrollbuches in der nächsten Quartalsversammlung der Innung einer Revision unterzogen wird; sie beauftragt den

Gesellen-Ausschlag mit Erledigung dieser Sache und spricht die Erwartung aus, daß die Arbeiter schädigenden Bestimmungen aus dem Buche entfernt werden. Des weiteren spricht die Versammlung den ausständigen Maßschneidern für ihre geschlossene Haltung ihre Anerkennung aus und fordert dieselben auf, bis zur Erfüllung der Forderungen fest zusammen zu halten. Die in Arbeit stehenden Schuhmacher verpflichten sich, soweit sie durch die Lohnbewegung Lohnrückstellungen erzielt haben, die Hälfte des Ertrages derselben, im übrigen aber mindestens 25 Pf. wöchentlich zur Unterstützung der Ausständigen abzuführen.

Die Lohnkommission giebt bekannt, daß die Firmen Weisprecher, Neue Wilhelmstraße; Priestap, Unter den Linden; Gottwalt, Unter den Linden und Werner, Schadowstraße, auch für Schäfte-Arbeiter und -Arbeiterinnen gesperrt sind. Auf Veranlassung des Gewerbegerichts ist von den Arbeitern das Einigungsamt angetreten worden.

Achtung, Metallarbeiter! In der Garbin-Maschinenfabrik streiken die Dreher. Weil nun ohne Dreher der Betrieb nicht aufrechterhalten werden kann, müssen circa 100 Arbeiter auf unbestimmte Zeit aussetzen. In der am Dienstag abgehaltenen stark besuchten Versammlung wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammlung der Arbeiter der Garbin-Maschinenfabrik erklärt die Forderung der streikenden Dreher für berechtigt. Weil nun die Direktion diese berechtigste Forderung der Dreher mit Leichtigkeit erfüllen kann, hat dieselbe auch keine Ursache, ihre sämtlichen Arbeiter aufs Straßengespäster zu werfen. Die Anwesenden erkliden in diesem Schritt der Direktion eine große Ungerechtigkeits und Rücksichtslosigkeit, die an den Arbeitern der Firma verübt wird.

Achtung, Lederarbeiter! Der Streik bei der Firma Schäfers ist nach beiderseitigem Entgegenkommen zur Zufriedenheit beider Parteien erledigt. Die Arbeit ist am 18. Mai wieder aufgenommen.

Der Centralvorstand.

Aufhebung des paritätischen Arbeitsnachweises für das Töpfergewerbe. Der Vorstand der Töpferinnung hat den Arbeitnehmern des Berufs durch ein Flugblatt vom 16. d. M. bekannt gegeben, daß sich die Meisterchaft Berlins genötigt sieht, den bis zur Zeit bestehenden Arbeitsnachweis für das Töpfergewerbe in Berlin und Umgegend aufzuheben. Gleichzeitig wird es jedem Innungsmitglied zur Pflicht gemacht, den Arbeitsnachweis fernerhin nicht mehr zu benutzen. Der Grund zu diesem vertragswidrigen Vorgehen der Innung soll angeblich in eigenmächtigen Handlungen der Beamten des Töpferverbandes liegen. Am Dienstagabend nahm nunmehr eine Vertrauensmänner-Konferenz der Töpfer Stellung zu der Angelegenheit. John und Reumann betonten dort, es sei hinlänglich bekannt, daß die Innung dem paritätischen Arbeitsnachweise schon von vornherein nicht besonders gewogen war. Jetzt endlich ist von dieser Seite die über die Firma Brucks verhängte Sperre als wohlfeiler Anlaß genommen worden, einseitig die Vereinbarungen betreffs des Arbeitsnachweises zu lösen. Bei dieser Sperre sei genau so verfahren worden, wie bei anderen Sperren. Herr Brucks habe auch genügend Zeit gehabt, die bei ihm ausgebrochenen Lohnunterschieden zu regeln, hat dies aber nicht für nötig erachtet. Das Verhalten der Innung habe an sich weiter kaum übertraf, aber kurz oder lang mußte doch erwartet werden, daß die Innung mit der ihr unympathischen Handhabung des Arbeitsnachweises brechen würde. Es liege nunmehr an der am Freitag stattfindenden öffentlichen Töpferversammlung, zu beschließen, ob der Arbeitsnachweis vom Verband weiter geführt werden solle oder ob das alte, so wenig erfreuliche Verhältnis des Arbeitsnachweises wieder greifen soll. Weiter wird die Versammlung über eine etwaige Unterstützung der auf dem Nachweis eingetragenen Arbeitslosen zu befinden haben. Empfohlen wurde, bei diesen Abstimmungen nur eine Zweidrittel-Majorität entscheiden zu lassen. Die Meister sind zu der Versammlung brieflich eingeladen worden.

Zum Streik in den Ziegeln bei Freienwalde wird uns geschrieben: Ausländische Arbeiter, Ungarn, Russen und Galizier werden von den Unternehmern als Ersatz für die Streikenden, bezw. Ausgesperrten verwendet. In Budapest hat man ungarische Landarbeiter angeworben und sie dann über Ungarn nach dem Rhein verschifft. Die Leute können die schwere Ziegelerarbeit bei dem Essen, welches sie erhalten, kaum leisten. Giebt doch die Direktion dem Kantinenwirt nur 50 Pf. für die Verpflegung pro Kopf und Tag, außerdem giebt es ein Pfund Schmalz und ein Brot für die Woche. Lohn bekommen die Arbeiter für die Woche 7,20 M., wovon aber 3 M. zurückbehalten werden als Sicherheit, daß keiner heimlich verschwindet. Kömten die Leute so wie sie wollten, sie wären längst wieder fort. Aber ohne Geld müssen sie schon, wenn auch wider Willen, hier bleiben. Wo die Interessen der Unternehmer auf dem Spiele stehen, da wissen sie, die sonst immer von Patriotismus und nationaler Bestimmung trieben, nichts von diesen guten Eigenschaften. Die heimischen Arbeiter sperrt man aus oder treibt sie durch erbärmliche Löhne von der Arbeit, und ausländische Kräfte werden an deren Stelle herbeigeholt.

Ausland.

In Triest sind am Dienstag 520 Tischler in 77 Betrieben in den Ausfuhr getreten. Sie fordern Lohnverbesserung und Verkürzung der Arbeitszeit. In 77 Betrieben wird weitergearbeitet.

Prozeß gegen die Pommerbank.

Dreizehnter Tag.

In der heutigen Sitzung werden die Wert- und Beleihungsverhältnisse des Terrain Solbierstraße erörtert. Dasselbe hatte eine Größe von 4024/100 Quadratrußen und war von der Immobilienbank im Jahre 1891 für 1 000 000 M. erworben worden. Es lagen drei Lagen der Angelagten Wohl und Hanel vor: die eine vom 14. November 1891 schloß mit 2 175 970 M. ab; Ende 1893, nach Errichtung von je einem Hause auf jedem der zwei Blöcke, lief die Lage auf 4 320 902 M. hinaus. Später, im Jahre 1899 sind neue Lagen aufgenommen, die zusammen 3 100 140 M. ergaben. Die Beleihungsgrenze der staatlichen Kommission bezw. die Revisionstage beträgt 880 000 M.

Ferner wird das Terrain Landsberger Allee (Größe 41 818 Quadratmeter) erörtert. Es ist im Jahre 1895 von der Immobilienbank für 1 200 000 M. erworben. Wohl und Hanel haben am 14. Januar 1897 das in 4 Blöcke geteilte Terrain in 4 Lagen auf 3 695 200 M. geschätzt; eine zweite Lage vom Jahre 1899 setzte sich aus 47 Lagen, entsprechend 47 Parzellen, zusammen und schloß mit 4 674 272 M. ab. Die Beleihungsgrenze der staatlichen Kommission bezw. Revisionstage ist auf 2 436 000 M. abzugeben.

Es schließt sich hieran die Erörterungen über ein Terrain Schützenstraße in Charlottenburg.

Bei allen diesen Grundstücken vertritt der Angeklagte Schulz den Standpunkt, daß die betreffenden Geschäfte für die Immobilienbank durchaus gute gewesen seien und die Angelagten Wohl und Hanel keineswegs „gefällige“ Lagen gemacht hätten.

Ueber die Art, in welcher Weise bei der Abgabe der Lagen verfahren wurde, werden einige frühere Angestellte der Pommerbank vernommen. Der Staatsanwalt bleibt bei seiner Behauptung, daß die Lagen der Angelagten Wohl und Hanel zumest erst abgegeben worden seien, nachdem die Beleihungen schon gegeben waren, so daß ihre Lagen eigentlich nur Detonationen gewesen seien.

Von den Angelagten wird dies entschieden bestritten. Der Zeuge Prokurist Horwege soll nach dieser Richtung hin noch Feststellungen machen. — Der Zeuge Buchhalter Heiland, der diese Dinge unter sich hatte, behauptet, daß die Lagen sammelweise in größerer Zahl alle Vierteljahre an Wohl und Hanel geschickt seien, nachdem die Darlehnsfrage an sich hatte dann aber schon eine Vorprüfung durch drei Sachverständige erfahren. Durch die Wohl und Hanel'schen Lagen seien nur die Aktien vervollständigt worden.

Angell. Schulz bestreitet dies und jetzt in längerer Darstellung den Gang der Maßnahmen, die bis zur Hingabe der Darlehen zu erledigen waren, auseinander.

Es werden dann die Einzelheiten einer Anzahl von Grundstücken durchgesprochen, die von der Anlage aufgeführt werden, um die Verschuldung und Zahlungsunfähigkeit der Immobilienbank nachzuweisen. Angellater Schulz stellt fast bei jedem derselben die Behauptung auf, daß die Immobilienbank an den Grundstücken viel verdient habe. Der Staatsanwalt behauptet das Gegenteil und behält sich den Beweis durch spätere Vorführung der Käufer vor.

Das Zahlenmaterial schließt täglich in einer Weise an, daß die Verteidiger zur Erwägung anheimgibt, ob es nicht angebracht sei, künftig nur viertel in der Woche zu tagen, da es sonst ganz unmöglich sei, das kolossale Material zu sichten.

Nächste Sitzung: Mittwoch 9 Uhr.

Wahlversammlungen.

Die Parteigenossen des vierten Wahlkreises hatten am Montag eine Versammlung nach dem „Alhambra-Theater“ einberufen. Der Besuch war ein sehr guter, bis auf den letzten Platz füllten die erschienenen Wähler den geräumigen Saal. Das Referat hatte Genosse Robert Schmidt übernommen. Er kennzeichnete die Unzuverlässigkeit des Freisinn, bei dem weder die politischen Rechte des Volkes noch das Koalitionsrecht der Arbeiter eine sichere Vertretung finden. Dann fand sich der Redner, oft von Beifalls- und Zustimmungsausrufen der Zuhörer unterbrochen, mit jenen Leuten ab, die unter konservativ-antisemitischer Flagge in den Wahlschlamm ziehen, sich besonders als Heiter des Mittelstandes aufspielen und den Kleinrentnerbetreibenden unerfüllbare Versprechungen machen. Treffend kennzeichnete der Redner den Widerspruch zwischen dem, was jene Leute ihren Schülern versprechen, und dem, was ihre parlamentarischen Vertreter, beispielsweise durch Bewilligung des Zolltarifs, selber zur Schädigung des Mittelstandes beigetragen haben. Wenn nun gar die Wortführer der konservativ-antisemitischen Richtung sich als Vertreter der Arbeiter aufspielen suchen, wenn sie behaupten, sich mit dem „schlichten Mann aus der Werkstatt“ anzufreunden, so werden derartige Bemühungen niemals Erfolg haben, denn die Arbeiter lassen sich nicht betören. Die paar Arbeiter, die sich im konservativen Lager eingefunden haben und mit denen jene Partei renommirt, das sind Leute, die wir auf den Reichstagen gewohnt sind und die die Konservativen begierig auflesen haben. Als Kandidaten haben ja die konservativ-antisemitischen Freunde des „schlichten Mannes aus der Werkstatt“ keinen Arbeiter aufgestellt. Einen Arbeiter, den man mit Anstand öffentlich präsentieren kann, finden jene Leute eben nicht. Im letzten Teil seines Vortrags ging der Redner auf die Aufgaben des kommenden Reichstags ein, er zeigte, daß die Interessen der Arbeiter und bis zu einem gewissen Grade auch die Interessen des Mittelstandes nur durch die Socialdemokratie vertreten werden. Der vierte Wahlkreis werde sich ja zweifellos durch die Wiederwahl seines bisherigen Vertreters für die Socialdemokratie entscheiden. — Durch stürmischen Beifall gab die Versammlung ihr volles Einverständnis mit dem vom Genossen Schmidt vorgetragenen Gedanken kund. — Hierauf nahm der konservative Kandidat Wegner das Wort. Daß ein Vertreter der rückgrifflichsten, arbeiter- und kulturfeindlichsten Partei kein leichtes Spiel hat, wenn er sich den Berliner Arbeitern als für sie geeigneter Vertreter empfehlen will, ist klar. Herr Wegner ist nun schon einer der letzten, dem dies Spiel gelingen könnte. Wenn er auch die wirklichen Vorkämpfer seiner Partei sorgsam vertritt, so ist doch das Wams des junkerlichen Knappen deutlich erkennbar. Die Wegnerschen Werbungen um die Gunst der Arbeiter wurden mit Wohlwollen zurückgewiesen, und als er sagte, man solle ihn doch wählen und so den Versuch machen, die konservative Partei social zu reformieren, erregte er nur einen Heiterkeitsschrei der Versammlung. — Unter allgemeiner Zustimmung sprach Genosse Schmidt die Ausführungen Wegners im einzelnen und bedeutete ihm, daß es doch nicht die Aufgabe der socialdemokratischen Arbeiter sei, durch Wegners Wahl die konservative Partei social zu reformieren, was übrigens ein Versuch um untauglichen Objekt wäre. — Herr Wegner kam noch einmal zum Wort. Genosse Vogel hatte ihn vorher aufgefordert, den Beweis für die in einer früheren Versammlung aufgestellte Behauptung: die meisten Streiks in Deutschland seien von den socialdemokratischen Führern ins Werk gesetzt, zu erbringen. Herr Wegner habe diesen Beweis anzutreten ausdrücklich zugesagt. Jetzt möge er den Beweis erbringen. — Herr Wegner hielt nun zwar seine Behauptung aufrecht, aber er machte nicht einmal den Versuch einer Beweisführung. Er wird wohl bis zum Wahltage noch manches behaupten, was er nicht beweisen kann, aber es wird ihm nicht gelingen, auch nur einen einzigen socialdemokratischen Arbeiter ins konservative Lager zu locken.

Schöner Wahlkreis. In der Versammlung des socialdemokratischen Wahlkreises, die am Montag im „Marienbad“ in der Badstraße stattfand, hielt Genosse Kiesel einen Vortrag über: „Socialer Thatsachen“. Er nahm in seinen Ausführungen Bezug auf die im Auftrage des Centralverbandes der Industriellen verfaßte und unter jenem Titel erschienene Schanddrift, die man sich zwar nicht getraut dort zu verbreiten, wo die Bevölkerung mit der Socialdemokratie bekannt ist, mit der man aber in abgelegenen ländlichen Bezirken großen Bauernfang zu treiben sucht. Der Redner deutete die Lügen und Fälschungen, die der Goldschreiber der Industriellen, der sich hinter dem Pseudonym Wäger verborgende Freisinnige Fränkel, hier in die Welt gesetzt hat, in ihrer ganzen Erbärmlichkeit und Wichtigkeit auf und führte zum Schluß aus, daß das arbeitende Volk sich nicht durch derartige Schwindelereien irreführen läßt und am 16. Juni zeigen wird, daß es nach wie vor in der Socialdemokratie die einzige wirksame Vertretung seiner Interessen erblickt. — Nach dem Vortrag, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde, verlas der Vorsitzende ein von den Freisinnigen kürzlich verbreitetes Flugblatt, worin sie für ihren Kandidaten, den Stadtdirektor Theodor Liebenow, Propaganda machen. Die thatsam bekannten Verleumdungen Eugen Richterscher Erfindung gegen die Socialdemokratie und die Anpreisungen des freisinnigen Demokratentums erregten lebhafteste Heiterkeit und veranlaßten eine kurze Diskussion, in der Kiesel das hyperbolische Verhalten schilderte, das die Freisinnigen bei der Kandidation an den Tag legen, so lange ihnen kein Socialdemokrat gegenübertritt und sie an ihre Sünden erinnert und die schmutzigen Mittel, mit denen sie dann unsere Partei angreifen.

Die Handlungsgehilfen in der Wahlbewegung. „Wen wählen wir?“ lautet die Tagesordnung einer Handlungsgehilfen-Versammlung, die am Montag den großen Saal von Suggenhagen am Northplatz bis in den letzten Winkel füllte. Auch eine große Anzahl Antisemiten beziehungsweise Anhänger des deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes hatten sich eingefunden. Das Referat hielt Genosse Georg Bernhard. Er entwickelte die Theorien, die man unter dem Namen des wissenschaftlichen Socialismus zusammenfaßt. Weiter ging er auf die Klassenlage der Handlungsgehilfen ein, um darzutun, daß sie an die Seite der im Klassenkampf stehenden Arbeiter gehörten. Auch sie wären Proletariat, denn sie seien abhängig wie die Arbeiter, und auch ihnen sei die Aussicht, selbständig zu werden, fast ganz gekloppt. Leider fehlte ihnen noch zumest diese Aussicht. Es werde gesagt, die Betriebe nähmen nicht ab. Na, da müsse man berücksichtigen, was heute alles zu den selbständigen Existenzen gerechnet werde. Und wäre es denn wirklich das größte Ideal, mit großem Kredit, geringsten eignen Bedürfnissen und der Aussicht, vom Geldgeber jederzeit über Bord geworfen werden zu können, „selbständig“ zu sein! (Zustimmung.) Redner gab ferner ein genaues Bild von der Thätigkeit der socialdemokratischen Partei auf dem Gebiete der Socialpolitik, soweit dies die Handlungsgehilfen und -Geheulenen betrifft, und kritisierte scharf das Verhalten der bürgerlichen Parteien, namentlich des Freisinn, der selbst gegen den Reim-

ler-Ladenstahl gestimmt habe, was Eugen Richter in seinem „W. Buch“ natürlich verschwiege. Die Socialdemokratie habe bei jeder Gelegenheit so viel als möglich für die Handlungsgehilfen herauszufechten gesucht. Die Socialdemokratie könne allein eine konsequente Socialpolitik treiben; Freisinn und Antisemiten seien schon durch ihre Rücksicht auf die Selbständigen daran gehindert. Bei der Wahl hätten die Handlungsgehilfen aber auch danach zu fragen, wer stets und energisch für politische Freiheit und Volkswohlthät eingetreten sei. Das sei die Socialdemokratie. Er erinnere auch daran, daß der Handel unterbunden werde, wenn der von den Reichthümern durchgepeitschte Zolltarif in Kraft träte. Am meisten würden die Angestellten darunter leiden. Wenn man zu allem noch bedenke, daß die im 3. Wahlkreis aufgestellten bürgerlichen Kandidaten Rechtsanwalt Hahn (Antisemit) und Bankdirektor Jäger (Freisinn) noch absolut nichts gethan hätten für die Handlungsgehilfen, nichts für die Arbeiterchaft und nichts für das Gesamtvolk, so wäre es nur möglich, in diesem Wahlkreise am 16. Juni den Socialdemokraten Rechtsanwalt Wolfgang Heine zu wählen. — Stürmischer anhaltender Beifall folgte dem Vortrage, der wiederholt durch lebhafteste Zustimmung der Freunde, aber auch durch Widerspruch der Gegner unterbrochen worden war. Entsprechend der Zusammensetzung der Versammlung kam es auch in ihrem weiteren Verlauf vorübergehend zu bewegten Scenen. — Als erster Diskussionsredner nahm Herr Döring, ein Führer der „deutschnationalen“ Handlungsgehilfen, das Wort zu einer einleitenden Rede. Seine Freunde bereiteten ihm eine Ovation. In der Behandlung der socialpolitischen Fragen ist er im großen und ganzen mit den socialdemokratischen Kollegen einverstanden. Er giebt auch zu, daß die Aussicht, im Handelsgewerbe sich selbständig zu machen, mit wachsenden Schwierigkeiten verknüpft ist. Im übrigen bekämpfte er die Socialdemokratie und die Juden vom sogenannten nationalen Standpunkte aus in der bekannten Weise. Seine Gefinnungs-verbunden sagten nicht mit dem Beifall, als er schloß, daß die deutschnationalen Geheulenen gegen die Socialdemokratie zu entscheiden hätten. — Als dann Genosse Wolfgang Heine das Wort nahm, wurde er stürmisch begrüßt. Heine ging auf die Ausführungen Dörings kritisch ein, mochte ihm wiederholt Beifall wurde, und bemerkte unter anderem: Es möge sein, daß im Handelsgewerbe doch eine gewisse Möglichkeit bestehe, sich selbständig zu machen. Da komme man aber zu der Frage: Wollen Sie als Handlungsgehilfen auftreten oder als zukünftige Prinzipale — wollen Sie eine Socialpolitik für Handlungsgehilfen und gegen Prinzipale oder für Prinzipale und gegen Handlungsgehilfen. Der antisemitischen Partei, die in erster Linie den Mittelstand schützen wolle, könne man doch das Interesse der Handlungsgehilfen am allermeinsten anvertrauen. Ihr Kandidat im 3. Kreise, Rechtsanwalt Hahn, habe sogar vorigen Mittwoch versprochen, das Interesse der Gewerbetreibenden „vom Kohlenkeller bis zu Rudolph Herbig“ zu vertreten. (Große Heiterkeit.) Auch wolle er alle Geschäfte mit einem Jahresumsatz von mehr als 100 000 Mark durch eine Umsatzsteuer erdrosseln. Handlungsgehilfen, die den Mann wählen, gönne er ihm wirklich. — Heines Rede entfesselte einen wahren Beifallssturm. Nach einem kurzen Schlußwort Bernhards schloß die Versammlung mit Hochs auf die Handlungsgehilfen-Bewegung und auf W. Heine.

Versammlungen.

Die Berliner Bureau-Angestellten hielten am 15. Mai eine von ca. 250 Personen besuchte öffentliche Versammlung in den „Arminushallen“ ab mit der Tagesordnung: „Die Pensionsversicherung des Bureau-Angestellten“. Der Referent Bauer führte unter anderem aus: Am 1. März fand in Berlin eine Versammlung der Vertreter von 18 Privatangestellten-Verbänden, die ca. 300 000 Angestellte in sich vereinen, statt. Der Vertretertag beschloß folgende Leitsätze: 1. Es ist die Schaffung einer besonderen Kasseneinrichtung für die Privatangestellten gemäß § 10 des Invalidenversicherungs-Gesetzes erforderlich. Diefelbe hat für die von ihr gehörigen Alters- und Invalidenrenten, soweit sie sich im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen halten, den Reichszuschuß in Anspruch zu nehmen (§ 8 Abs. 2 des Gesetzes), richtet indessen daneben eigene Gehaltsklassen mit erhöhten Leistungen und Renten ein. 2. Diese Gehaltsklassen sollen sich auf alle Privatangestellten ohne Unterschied der Gehaltshöhe erstrecken und Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten gewähren. 3. Die Eingehungen sollen im Verhältnis zu den Gehaltsbezüge stehen. Die Prämien sind von den Arbeitgebern und Angestellten zu gleichen Teilen zu entrichten. 4. Das Recht der Selbstversicherung in den höchsten Gehaltsklassen sowie das der Weiterversicherung für selbständig werdende Angestellte muß den Versicherten gewahrt bleiben. 5. Das Heilverfahren der Landesversicherungs-Anstalten hat die Pensionsanstalt für Privatangestellte ebenfalls anzuwenden. 6. Angestellte, die bei einer vom Reichsausschussamt für die privaten Versicherungen zugelassenen Klasse versichert sind, sind von der Jugendigkeit zur staatlichen Pensionsanstalt für Privatangestellte befreit, sofern jene Klasse die Mindestleistungen der staatlichen Anstalt erfüllt.

Alles in allem, meinte der Referent, könnten auch die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Bureau-Angestellten dem Gedanken der Pensionsversicherung sympathisch gegenüberstehen. — Nach kurzer Debatte wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammlung spricht ihre Sympathie mit den Bestrebungen zur Erreichung einer Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung auf staatlicher Grundlage aus. Die Versammlung hält es aber zur Erreichung dieses Zieles für unumgänglich notwendig, daß sich alle Kollegen in einer straffen Organisation zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zusammenschließen, sieht den Centralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands als die einzig hierzu geeignete Organisation an und betrachtet es als moralische Pflicht jedes Kollegen, sich dem Centralverein anzuschließen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die kirchliche Frage.

Paris, 19. Mai. Deputiertenkammer. (Fortsetzung.) Abbe Cahraud erhebt im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen Einspruch gegen die von der Regierung befohlene Politik, welche das Konkordat verleihe, und fragt den Ministerpräsidenten, ob er denn die Trennung von Staat und Kirche vorbereite und ob er den Religionskrieg wolle. (Beifall rechts.) Baron Reille (Radikaler) erklärt, die Katholiken würden den Krieg annehmen, wenn man ihn ihnen aufrufen wolle. (Beifall rechts.) Massé (Radik.) weist darauf hin, daß die Runderlasse des Ministerpräsidenten über die Schließung der Kapellen usw. von einer Anzahl Bischöfe in unpassender Weise beantwortet worden seien. Redner verteidigt diese Erlasse und sagt, es sei Zeit, an die Prüfung der Frage der Trennung von Staat und Kirche heranzutreten. Dubard (Radikaler) bringt eine Tagesordnung ein, in welcher die Regierung aufgefordert wird, das Konkordat zu kündigen. (Beifall links.) De Ramel (kons.) greift in heftiger Weise die Vorgehensweise der Regierung an und fordert die Katholiken auf, sich diesen Maßnahmen zu widersetzen. Hierauf wird die Verhandlung abgebrochen und auf morgen vertagt.

Gouverneur Bogdanowitsch erschossen.

Ufa, 19. Mai. (B. T. V.) Gouverneur Bogdanowitsch ist im Stadtpark von zwei Personen erschossen worden.

Madrid, 19. Mai. (B. T. V.) Villaverde ist mit 231 Stimmen zum vorläufigen Präsidenten der Deputiertenkammer gewählt worden. Bukarest, 19. Mai. (Redung der „Agence Roumaine“.) Bei den gestern begonnenen Wahlen für die bisher konservativen Departementsträte wurden 110 Liberale und 10 Konservative gewählt, 60 Stichwahlen haben stattgefunden, bei denen sämtlich die Liberalen für die Liberalen günstig sind. Die Waße wurde nirgends geführt.

Erster Genossenschaftstag des Gesamtverbandes deutscher Konsumvereine.

Zweiter Verhandlungstag. Dresden, 18. Mai 1903.

Um 1/9 Uhr eröffnet Herr Kadeßod Dresden die Verhandlungen. Es wird sofort ohne Diskussion über den gestern gehaltenen Vortrag in den nächsten Punkt der Tagesordnung eingetreten: Gründung des Gesamtverbandes und Beratung des Statuten-Entwurfs.

Den Vorsitz übernimmt Barth-München. Der Berichterstatter Kadeßod erläutert den vorliegenden Entwurf, für welchen als Grundlage die Statuten des Allgemeinen Verbandes, des Schweizerischen sowie des Sächsischen Verbandes vorzuziehen sind. Als Mitglieder des Gesamtverbandes sind nicht die einzelnen Konsumvereine gedacht, sondern die Revisionsverbände sollen das Fundament des Gesamtverbandes bilden.

Eine Generaldiskussion findet nicht statt. Bei der Spezialdiskussion wird im § 1 der Name des Verbandes auf Antrag v. Elm in Centralverband der deutschen Konsumvereine statt „Gesamtverband“ geändert, weil, wie v. Elm ausführt, das den tatsächlichen Verhältnissen besser entspreche; zu einem Gesamtverband soll der Verband sich erst entwickeln.

Eine längere Diskussion erhebt sich bei § 3, der die Zwecke des Verbandes behandelt. v. Elm wünscht auch die „Bildung und Abgrenzung von Revisionsverbänden“ darin aufgenommen und begründet diesen Antrag damit, daß die Revisionsverbände die schließliche Entscheidung der Genossenschaftstag haben müsse, um etwa auftretende Differenzen endgültig aus der Welt zu schaffen.

An der Diskussion beteiligten sich noch Krudt-Stuttgart, Arnold-Leipzig, Liepmann-Watz, Ahmann-Drauschwitz, Strauß-Erlangen und Professor Staudinger-Darmstadt. Nach Ablehnung des Antrages v. Elm wird die von der Kommission vorgelegte Fassung einstimmig angenommen, wonach der Zweck des Verbandes ist: a) Sammlung und Organisation der deutschen Konsumvereine und Produktivgenossenschaften zur Pflege ihrer gemeinsamen Interessen mit vereinten Mitteln und Kräften; b) die Fortbildung der Verfassung und der Einrichtungen der verbundenen Vereine, sowie die Pflege des Genossenschaftsrechts und die Förderung des Genossenschaftswesens im allgemeinen; c) die Förderung des gemeinsamen Warenverkehrs und Warenbezuges. Zu erstreben sind die Zwecke: a) durch freie Besprechungen, Austausch über Erfahrungen, Veranstaltung von Statistiken; b) durch Anknüpfung von Beziehungen zu genossenschaftlichen Verbänden; c) durch Erteilung von Rat und Auskunft in allen genossenschaftlichen Angelegenheiten an die Verbandsvereine; d) durch Förderung aller auf Ausbau des Genossenschaftswesens gerichteten Bestrebungen und durch Verbreitung richtiger genossenschaftlicher Grundsätze.

Zu § 4, der die Mitgliedschaft der Revisionsverbände, der Groß-einkaufsgesellschaft und einzelner Vereine, in deren Bezirk kein Revisionsverband besteht, festlegt, wird ein Antrag Staudinger angenommen, wonach ein vom einem Revisionsverband abgewiesener Verein Berufung an den Genossenschaftstag einlegen kann. Besonders lebhaft gestaltet sich die Diskussion über die Zusammensetzung des Ausschusses, welcher die Mitglieder des aus drei Personen bestehenden Vorstandes dem Genossenschaftstag in Vorschlag zu bringen hat. Die Kommission beantragt, daß derselbe aus den Vorsitzenden der Revisionsverbände, einem Vertreter der Groß-einkaufsgesellschaft und drei vom Genossenschaftstag zu wählenden Mitgliedern bestehen soll.

Dazu beantragen Kagenstein, Frau David und Genossen, die Zahl der vom Genossenschaftstag zu wählenden Mitglieder derjenigen der Verbandsvorsitzenden gleich zu setzen.

Sollte der Antrag Kagenstein abgelehnt werden, so beantragt v. Elm, die Zahl der vom Genossenschaftstag zu wählenden Mitglieder des Ausschusses wenigstens von drei auf fünf zu erhöhen. Unter Ablehnung der Anträge Kagenstein und v. Elm wird der Kommissionsantrag angenommen.

Im übrigen wird das Statut nach dem vorgelegten Entwurfe angenommen und dann das gesamte Statut einstimmig angenommen. (Lebhafter Beifall.)

In der Nachmittags-Sitzung wurden die Wahlen vorgenommen. In den Ausschuss wurden die Herren Poppig-Zwickau, Staudinger-Darmstadt, v. Elm-Hamburg gewählt, in den Vorstand auf Vorschlag des Ausschusses durch Acclamation die Herren Barth-München, Kadeßod-Dresden, Schmidgen-Hamburg.

Es folgt die Beschlussfassung über das Organ des Verbandes. Die Groß-einkaufsgesellschaft bietet hierzu ihren Wochenbericht ohne jedes Äquivalent an; am 1. Juli d. J. soll der Centralverband das Aufführungsrecht über den Wochenbericht übernehmen und am 2. Januar 1904 wird die definitive Übergabe des Blattes erfolgen, dessen Ueberschüsse, im letzten Jahre betragen sie 8000 M., von diesem Tage an dem Centralverbande zufallen.

Dieses Anerbieten wird angenommen; der Name des Blattes wird geändert werden in: Konsumgenossenschaftliche Rundschau. Organ des Centralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften und der Groß-einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine.

Lorenz, Geschäftsführer der Groß-einkaufsgesellschaft teilt mit, daß das Kaiserliche Statistische Amt sich vor einigen Tagen an die Groß-einkaufsgesellschaft mit der Bitte gewendet hat, dem „Reichs-Arbeitsblatt“, das eine fortlaufende Statistik der Kleinhandelspreise der großen Konsumgegenstände zu veröffentlichen gedenkt, durch Verwendung von Fragebögen an die angeschlossenen Konsumvereine behilflich zu sein. Diese Hilfe ist zugesagt. Die Konsumvereine werden um Ausfüllung der Fragebogen ersucht. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt die Festsetzung der Beiträge. Sie werden, wie im alten Verband, zu 15 Pf. von je 1000 M. Umsatz mit einem Minimalbeitrag von 10 M. und einem Maximalbeitrag von 100 M. für den Verein festgesetzt.

Ein Antrag des Verbandes der Konsumvereine der Provinz Brandenburg, eine Alters- und Invalidenversicherungskasse für die Angestellten der Konsumvereine zu gründen, wird dem Vorstand überwiesen, damit er Erhebungen veranstalte und dem nächsten Genossenschaftstag Bericht erstatte. — Von der „Cooperative Union“ in Manchester ist eine Einladung zu dem diesjährigen Genossenschaftskongreß der britischen Konsumvereine am 30. Mai in Doncaster eingegangen.

Da der erst gegründete Verband noch nicht über Mittel verfügt, um Delegierte ins Ausland zu entsenden, wird dem britischen Kongreß Gruß und Dank des Genossenschaftstages übermittelt werden.

Folgende von Kagenstein-Berlin eingebrachte Resolution wird einstimmig angenommen:

Der konstituierende Genossenschaftstag des Centralverbandes deutscher Konsumvereine, bestehend aus 631 Delegierten von 202 deutschen Konsumvereinen und Revisionsverbänden erklärt mit aller Entschiedenheit als den einzigen Zweck der Konsumgenossenschaftlichen Organisation die wirtschaftliche Förderung und geistige Hebung vornehmlich der minder bemittelten Volksschichten und damit die Steigerung des Wohlstandes der ganzen Nation.

Auf dem Boden der wirtschaftlichen Selbsthilfe stehend, beansprucht er für die Konsumvereine keinerlei oder staatliche Vergünstigungen. Ebenso aber muß er aufs schärfste Protest erheben gegen alle Bestrebungen, die zur Förderung von Sonderinteressen die Entwicklung der Konsumvereinsbewegung zu hemmen und selbst die Gesetzgebung in den Dienst derartiger kulturwidriger, allen Grundätzen der Gerechtigkeit und des bestehenden Rechts widersprechender Bestrebungen zu stellen suchen.

Er erwartet von den Staatsregierungen und Volksvertretungen des Deutschen Reiches, daß sie in Würdigung der gemeinsamen Wirksamkeit der Konsumvereine alle solche versuchten Beschränkungen und Ausnahmemaßregeln ablehnen und das gleiche Recht vor dem Gesetz auch den Konsumvereinen zugesichert werden.

Schulzky-Rudorf bittet um Berücksichtigung des Wunsches seiner Organisation, daß für alle Handels- und Transportarbeiter in Konsumgenossenschaften nach Vornahme statistischer Erhebungen Tarifverträge abgeschlossen werden mögen.

Kadeßod-Dresden schließt mit einer kurzen Ansprache die Verhandlungen: „Der seit langen Jahren erstrebte Zusammenschluß der deutschen Konsum- und Produktivvereine ist geschehen, der Centralverband gegründet. Möge der Bau Sturm und Wetter trotzen. An uns, Genossen, liegt es, das Gebäude auszubauen, vor allem aber treu zusammenzustehen, möge kommen was da wolle. An den englischen Genossenschaften wollen wir uns ein Beispiel nehmen.“

Der Centralverband der deutschen Konsumvereine, er lebe hoch! hoch! hoch! (Die Delegierten stimmen begeistert in das Hoch ein.)

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Auslegung der Wählerlisten.

Bei in Ergänzung unfres gestrigen Aufrufs noch bemerkt, daß die Wählerlisten an den genannten Stellen an den Wochentagen von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr, am Himmelfahrtstage und am Sonntag von 12—5 Uhr nachmittags ausliegen.

Gleichzeitig sei bemerkt, daß der letzte Termin der Auslegung und Reklamation nicht, wie es infolge eines Druckfehlers in der gestrigen Nummer hieß, der Sonntag, sondern Montag, der 25. Mai ist.

Fünfter Wahlkreis. Heute abend finden zwei öffentliche Wähler-beratungen bei Ledebor, Sophienstr. 34, und im Schäferhaus, Linienstr. 5, statt. Reichstags-Abgeordneter Wolfgang Dene und Stadtverordneter Dr. Friedeberg sprechen dabei über: Der Aufmarsch der Parteien zur Reichstagswahl. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Merschhof. Die Parteigenossen werden nochmals darauf hingewiesen, daß die Wählerliste bis zum 25. d. M., wochentags von 8—8 Uhr, am Himmelfahrtstage sowie am Sonntag von 8—9 1/2 Uhr morgens im Gemeindeamt ausliegt. Versäume niemand, sich zu überzeugen, ob sein Name darin enthalten ist, da er sonst keines einzigen politischen Rechtes verlustig geht. Für diejenigen, welche durchaus keine Zeit haben, selber nachzugehen, haben es die Genossen H. Hildebrandt, Selchowstr. 14 oder Verkaufsstelle der Konsum-Genossenschaft, Hadenbergstr. 6, Löwenthal, Hadenbergstr. 3, L. Siemwedel, Friedenstr. 1, G. Tempel, Kronprinzstr. 47 übernommen, die Liste einzusehen. Legitimation nicht vergessen. Das Wahlkomitee.

Mit-Glied. Die Mitgliederberatung des sozialdemokratischen Wahlvereins findet am Mittwoch, den 20. d. M., abends 8 Uhr, bei Sach statt. Tagesordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. Es ist Pflicht sämtlicher Genossen, zu erscheinen.

Brik. Am Himmelfahrtstage sowie Sonntag, den 24. Mai, liegt die Wählerliste amtlich nicht aus. Sie kann eingesehen werden bei Frau Weniger, Werderstr. 27; A. Klinge, Chausseestr. 38, und Paul Wrasch, Johannisplatzstr. 6.

Romawes-Neudorf. Die Wählerlisten liegen auf außer an den Wochentagen während der Geschäftsstunden in Romawes Himmelfahrt und nächsten Sonntag, vormittags von 11 1/2—1 Uhr, in Neudorf vormittags von 8 1/2—10 Uhr. Versäume niemand, sich davon zu überzeugen, ob er in der Wählerliste verzeichnet steht.

Rosen. Den Mitgliedern des hiesigen Wahlvereins zur Nachricht, daß unsere diesmonatliche Vereinsversammlung am Mittwoch, den 20. Mai stattfindet. Tagesordnung: Verlesung des Protokolls, Vereinsangelegenheiten, Aufnahme neuer Mitglieder, praktische Vorführung des neuen Wahlreklamentes, Verschiedenes. Zahlreicher Besuch erwünscht. Gäste willkommen. — Gleichzeitig geben wir bekannt, daß die angekündigte Versammlung zur Entgegnung auf die Rede des Kandidaten Hammer nicht wie angekündigt am Mittwoch, den 20. Mai, sondern am Sonntag, den 24. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, bei Müller, Barutherstraße, stattfindet.

Lokales.

Ein Wort an die politisch Mündigen.

Zu keiner Zeit läßt sich die Gemeinheitsliebe und persönliche Charakterlosigkeit der „parteilosen“ Klatschpresse deutlicher wahrnehmen, als gerade während der Wahlzeit. Was die reaktionäre Mehrheit des berühmtesten Kartell-Reichstages 1898 durch Verlängerung der Legislaturperioden von drei auf fünf Jahre zu erreichen versuchte: das soll vor den „Aufregungen“ der Wahlkampagne möglichst zu bewahren, das hat erst recht und in noch ganz anderem Umfange die parteilose Klatschpresse zu ihrer Aufgabe gemacht. Wenn die Berliner Bevölkerung lediglich auf die Scherliche Geisteslosigkeit angewiesen wäre, so würde es ihr sicher nicht zum Bewußtsein kommen, daß wir uns inmitten eines erbitterten Wahlkampfes befinden, noch viel weniger würde sie vollends zu erraten vermögen, um was es sich bei den Wahlen im allgemeinen und bei der diesjährigen Wahl im besonderen denn eigentlich handelt.

Während hunderttausende Berliner Wähler sich auf den Wahltag rüsten, während täglich Tausende, ja Zehntausende die Versammlungen besuchen, in denen die Vertreter der Parteien ihr Programm entwickeln, während in der ganzen politischen Presse der heftigste Kampf entbrannt ist, beschäftigt sich das Scherl-Blatt in erhabener Seelenruhe mit allen möglichen und unmöglichen Dingen, nur nicht mit den Angelegenheiten, die im Augenblick das Interesse aller denkenden Staatsbürger beschäftigen. Mit behaglicher Breite pflegt

der „Lokal-Anzeiger“ das Gebiet des aristokratischen Familienklatsches, berichtet er über Bräutigamen und Kirchenportal-Euthyllungen; nur der Wahlkampf existiert für ihn nicht. Die auswärtige Politik bildet den Gegenstand breitfüßiger Kammegeschichten. Ueber belanglose Reden ausländischer Minister bringt das Scherl-Blatt spaltenlange Kabelberichte, die maroccanischen Kahlbärgereien, der Somalifeldzug, die Vollandwirren werden in romanhafter Breite und Zuverlässigkeit abgehandelt; aber für das politische Ringen des um die Vertretung seiner wichtigsten materiellen und idealen Interessen kämpfenden Volkes hat die Scherliche Ammonceplantage nur ab und zu einmal ein paar armelige Zeilen übrig. Das Volk soll eben um jeden Preis vor den Aufregungen des Wahlkampfes bewahrt werden!

Auch das andre Produkt der Scherl-Altsteinischen Zeitungs-Industrie, die „Morgenpost“, die um einige Grade weniger verblöddend redigiert werden darf, wandelt im großen und ganzen in den Bahnen indifferenten „Parteilosigkeit“. Ihre gelegentlichen kritischen, in allerhand Radikalismen schillernden Anwendungen dienen im Grunde nur dem Zwecke, über ihre prinzipielle Farblosigkeit und Gesinnungslosigkeit naive Leser hinwegzutäuschen. Wie der „Lokal-Anzeiger“ ein Blatt des aristokratischen und höfischen, so ist die „Morgenpost“ das Organ des lokalen Klatsches. Statt die Leser geistig anzuregen und politisch aufzuklären, spekuliert es geradezu auf das feinsten Unterhaltungsbedürfnis. Es geniert sich nicht, eine ganze Seite dem epochalen Ereignis eines — Kadrennens zu widmen. Der Sport ist zweifellos eine ganz nette und vernünftige Sache, sofern er nicht die geistigen Interessen eines Volkes überwuchert. Aber während gerade jetzt in England zahlreiche einsichtige Politiker und Volkspädagogen aller Parteien die einseitige Sportnarbeit als einen Hauptgrund eines unvermeidbaren Niederganges der englischen Nation beklumpfen, ist die deutsche Klatschpresse bemüht, die deutsche Bevölkerung durch einen wahren Ault der Sportfegerie geistig zu verfinstern und politisch zu enternen!

Die Berliner Arbeiter wissen, was für sie die Reichstagswahl bedeutet. Sie wissen, daß es den mit dem Aufgebote aller Kräfte zu führenden Kampf gegen die wirtschaftliche Ausbeutung und die politische Knechtung gilt. Sie wissen, in welcher Weise die besitzende Klasse sie durch das skandalöse System der indirekten Besteuerung auswuchert, dem durch den neuen Posttarif beim Abschluß der Handelsverträge die Krone aufgesetzt werden soll. Sie wissen, welche ungeheure neue Lasten man ihnen durch neue Heeres- und Marine-Ausgaben, durch neue Kolonialabenteuer aufzuerlegen will. Sie kennen die Gefahren, die ihnen durch den privaten Zusammenschluß der immer mehr zu Unternehmerringen nach dem Vorbild der „Kühnemänner“ sich zusammenschließenden Arbeitgeber und durch die politische Thätigkeit der Unternehmerklasse drohen. Sie wissen, daß die Reichstagswahl der große Tag der Abrechnung mit den während des Wahlkampfes so gleichgültigen Feinden des Volkes ist. Sie wissen, daß das Volk am 16. Juni auf fünf lange Jahre die Wahrung seiner Interessen, seiner Rechte in die Hand seiner Abgeordneten zu legen hat. Sie sind sich mit einem Wort der schweren Verantwortung für ihr eignes Wohl, für das Wohl ihrer Familie, für das Wohl des ganzen Vaterlandes bewußt. Und sie werden sich deshalb auch ihrer Pflicht — der Pflicht gegen sich selbst — bewußt sein, der verwerflichen, die Einsicht und das gesunde Gefühl mündiger Männer und Frauen geradezu verhöhrenden Klatschpresse ein für allemal ihre Thür zu verschließen!

Die Stadtverordnetenwahlen werden in Berlin im November dieses Jahres, nachdem die Reichstags- und Landtagswahlen vollzogen sein werden, den Abschluß der diesjährigen Wahlkampagne bilden. Der Magistrat ist bereits eifrig mit der Herstellung der Wählerliste beschäftigt. Zum Zwecke der Verichtigung und Fortschreibung der Liste der stimmberechtigten Bürger sind in der Zeit vom 1. April 1902 bis 31. März 1903 dem Wahlbureau des Magistrats an An- und Abmeldungen hiesiger Einwohner aus den Polizeibureaus zugegangen: 903 643 Anmeldungen, 763 254 Abmeldungen und 13 350 Anzeigen über Verlorene; das sind zusammen 1 683 277 Meldungen. Von dieser Zahl betrafen weibliche Personen und männliche Personen unter 24 Jahren 1 181 823 Meldungen, welche daher sofort an das städtische Meldebureau abgegeben werden konnten, während 501 454 Meldungen auf die im städtischen Wahlbureau geführten Personenblätter der wahlberechtigten Einwohner zu übertragen waren. In 21 598 Fällen mußten wegen unrichtiger oder unvollständiger Ausfüllung des Meldebogens Ermittlungen angestellt werden, von denen 6117 im königlichen Einwohner-Meldebureau und 15 481 im städtischen Meldebureau erledigt worden sind.

Für ausgezogene und im Laufe des Jahres wahlfähig gewordene Personen sind 63 370 neue Karten gefertigt, dagegen 68 343 Karten verstorbenen und aus Berlin verzogener wahlfähiger Personen fortgelassen worden. — Es ergibt sich hiernach ein Zuwachs von 15 027 wahlfähigen Personen.

Außer den oben angegebenen 501 454 Meldungen sind dem städtischen Wahlbureau ferner 3585 Anzeigen über bestrafte, 56 308 Anzeigen über aus öffentlichen Mitteln unterstützte, 497 über in Konturs geratene und 246 bedormundete Personen zugegangen.

Der Urlaub städtischer Arbeiter. Der von der Stadtverordneten-Versammlung eingesetzte Ausschuss für den Urlaub der in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter tagte gestern unter dem Vorsitz des Herrn Cassel. Die von unsren Genossen Dr. Freudenberg, Hünge und Voigt gestellten Anträge fanden selbstredend keine Gnade bei der Mehrheit. Der Antrag, den Arbeitern den Urlaub von einer Woche nach einjähriger Thätigkeit zu bewilligen, wurde gegen die drei Stimmen unsrer Genossen abgelehnt; ebenso erging es dem Antrag, nach dreijähriger Thätigkeit Urlaub zu gewähren, und einem Amendement, wenigstens denjenigen Arbeitern den Urlaub zu bewilligen, welche regelmäßig Sonntagsarbeit verrichten müssen ohne in der Woche eine Ruhepause von 24 Stunden hintereinander zu haben; die Folgen und Kosten ließen sich nicht absehen, wenn diese Anträge angenommen würden, man solle nicht Hoffnungen erwecken, die sich nicht erfüllen ließen.

Die Kosten würden betragen wenn der Urlaub von einer Woche nach 1 Jahr Dienstzeit erteilt würde 140 000 M. „ 3 „ „ „ 107 816 „ „ 5 „ „ „ 82 658 „ „ 10 „ „ „ 51 158 „

Einen derartigen Betrag von 140 000 M. könnte man mit Rücksicht auf die Finanzverhältnisse der Stadt nicht bewilligen; in sozialer Hinsicht sei nun gerade genug geschehen, man müsse auch Rücksicht auf die Privatindustrie nehmen usw. Schließlich gelangte der Antrag Rathau u. Gen., den Urlaub nach fünf Jahren zu bewilligen, zur einstimmigen Annahme. Eins von unsren Genossen gestellte Resolution: Dem Magistrat zu ersuchen, den Urlaub nach in diesem Jahre zu bewilligen, wurde ebenfalls abgelehnt. Nur marschiert Berlin an der Spitze der sozialen Forderungen, erklärte Herr Rathau. — Die Stadtverordneten-Versammlung wird sich in der nächsten Woche erneut mit der Frage zu beschäftigen haben.

Zum Verbot des Berliner Straßenhandels. Am 18. Dezember v. J. beschäftigte sich die Stadtverordneten-Versammlung mit der vom Polizeipräsidenten geplanten Polizeiverordnung über den Berliner Straßenhandel und beschloß in namentlicher Abstimmung mit 84 gegen 30 Stimmen: „Die Versammlung erklärt, daß sie ein Verbot

für eine polizeiliche Beschränkung des Straßenhandels nach Maßgabe der vorgelegten Polizeiverordnung nicht anerkennen kann, und ersucht den Magistrat, dem vorgelegten Entwurf die Zustimmung zu verweigern. Der Magistrat hat sich in mehreren Sitzungen mit der Beratung derselben beauftragten Unterkommission beschloffen, sich gegen den vorgelegten Entwurf ablehnend zu verhalten und dies dem Polizeipräsidenten unter Darlegung der Gründe und Bedenken mitzuteilen. Diese letzteren besonders auf den Bestimmungen über das Verbot des Straßenhandels mit Zeitungen, Zeitschriften, Extrablättern u. d. d. Bestimmungen über die große Ausdehnung des Verbot, während die Bestimmung über das Verbot des Straßenhandels unter Benutzung von Wagen und Pferden in besonders verkehrsreichen Straßen im Magistrat Jurisprudenz fand. Man darf nunmehr gespannt sein, ob der Polizeipräsident dieser viele Tausende in ihrem Erwerb schädigenden Maßregel trotzdem auf andern Wege Geltung verschaffen wird.

Bauarbeiterstreik. Auf dem königlichen Postbau in der Körnerstraße werden gegenwärtig die Klemmerarbeiten auf dem Dache ausgeführt. Und man muß sich wundern, wie oben in schwübelnder Höhe die Arbeiter ihre Arbeit verrichten, ohne auch nur eine Schutzrüstung oder Gurt zu haben, obgleich das Polizeivorschrift ist. Die Arbeiter werden von der Firma Puppel ausgeführt. Der Herr Bauwart hat sich selbst gewundert, daß die Arbeiter ohne Schutzrüstungen ausgeführt werden. Als einer der Klemmer — allen Anschein nach der Kolonnenführer — auf den Leichtsinn und die große Gefahr, der sich die Arbeiter aussetzen, aufmerksam gemacht wurde, meinte derselbe, das sei noch gar nichts, es wären schon gefährlichere Arbeiten ausgeführt worden. Wir sind nun doch der Meinung, daß der Herr Bauwart hier eingreifen müsse, denn die Leitung des Baues hat doch dafür Sorge zu tragen, daß die polizeilichen Bestimmungen zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter eingehalten werden, und das um so mehr, als es sich hier um einen staatlichen Bau handelt; dieser soll doch als Musterbau gelten. Selbst wenn die Macht der Gewohnheit den Arbeiter schon so weit gebracht hat, daß er nicht die Schutzbestimmungen verlangt, dann soll die königl. Bauleitung wenigstens die Verordnungen der Behörde beachten. Oder muß erst ein Unglück passieren?

Eines Proletariats Ende. Großes Elend in der Familie hat den 50 Jahre alten Arbeiter Julius Krähle aus der Artilleriestr. 5 in den Tod getrieben. Krähle war seit 18 Jahren mit seiner 49jährigen Frau verheiratet und Vater von fünf Kindern im Alter von 4 bis 17 Jahren. Vor drei Jahren hatte er das Unglück, daß ihm auf einem Steinbruch auf dem Süd-Ufer, auf dem er arbeitete, ein Karmorbloß auf den rechten Fuß fiel. Bis der Bruch des Fußes wieder geheilt war, erhielt er ein Jahr lang eine monatliche Unfallrente von 11,15 M. Seitdem war er wieder auf sich selbst angewiesen, arbeiten konnte er jedoch nicht, da sich mittlerweile ein Lungenleiden eingestellt hatte. Nur hin und wieder fand er etwas Beschäftigung, aber stets nur auf kurze Zeit. Dreimal mußte er ein Krankenhaus aufsuchen und erhielt dann aus der Krankenkasse Unterstützung. Zu seinem persönlichen Leiden kam noch, daß die 17jährige Tochter seit sechs Jahren an Krämpfen litt und nicht arbeiten kann. Das zweitälteste Kind, ein Sohn von 15 Jahren, ist seit 1 1/2 Jahren brustleidend und ebenfalls arbeitsunfähig, ein elfjähriger Sohn ist infolge der englischen Krankheit verwachsen, ein vierjähriger Sohn nach derselben Krankheit sehr zurückgeblieben. Nur ein Sohn von 13 Jahren ist gesund. Alle die widrigen Verhältnisse wirkten auf den Mann so ein, daß er tiefsinnig wurde und infolgedessen im letzten Jahre gar nicht mehr arbeiten konnte. Er sprach kaum noch ein Wort und kümmerte sich um nichts mehr, auch nicht um die Invalidenrente, um die einzufordern ihm der Armenvorsteher geraten hatte. Frau Krähle hatte nun für die ganze Familienunterstützung; was sie mehr braucht, muß sie durch die Hausreinigung und Waschen zu verdienen suchen. Am Sonntag vor acht Tagen verließ Krähle seine Angehörigen unter dem Vorwande, daß er etwas an die frische Luft gehen wolle, kehrte aber in seine Wohnung, Stube und Küche am Hof im Keller, nicht wieder zurück. Gestern fand man ihn am Nordufer im Spandauer Schiffahrtskanal als Leiche wieder.

Zeugen gesucht. Diejenigen Leser, die Zeugen waren, wie am 22. Februar d. J. 3 1/2 Uhr nachmittags Ede Wüllerstraße und Gertrudstraße ein Herr unter die elektrische Straßenbahn geriet, wobei ihm der linke Arm zermalmte wurde, werden gebeten, ihre Adressen an die Redaktion einzufenden zu wollen. — Desgleichen werden um Einfindung ihrer Adresse diejenigen gebeten, die den ertrunkenen Metallarbeiter Nikisch am Abend seines Todestages noch gesehen haben. Ramentlich der Bekannte, der ihn um Mitternacht die Liegnitzerstraße nach dem Rotbuser Ufer hinuntergehen sah, wird um Mitteilung seiner Adresse ersucht.

Verunglückter Soldat. Der Offiziersburische Ludwig Piepburger, der bei dem Oberleutnant Salz, Achenbachstraße 20, bedienstet ist, benutzte einen Straßenbahnwagen der Linie Wilmersdorf-Zoologischer Garten und wollte denselben vor dem Hause Joachimshalerstr. 31 in unmittelbarer Nähe der Haltestelle verlassen. Er sprang, nachdem das Haltesignal gegeben war, von dem noch in ziemlich schneller Fahrt befindlichen Wagen herab, glitt aus und fiel so unglücklich, daß er eine Klaffende Kopfverwundung erlitt. Der Verunglückte wurde, nachdem er auf der Unfallstation einen Kolverband erhalten hatte, nach dem Garnison-Kazarett in der Schamborskistraße geschafft.

Ein Verbrechen? Das Verbrechen des Dienstmädchens Emma Richter aus der Brunnenstr. 100, worüber wir gestern bereits meldeten, beschuldigter Leichnam der Kriminalpolizei, da verschiedene Umstände darauf hinweisen, daß die R. einem Verbrechen zum Opfer gefallen, resp. daß sie verdrängt worden ist. Der Brautgarn des jungen Mädchens hat bei seiner Vernehmung angegeben, daß er mit der R. am 11. Mai bis 1/2 10 Uhr abends zusammengekommen und sie nach der Wohnung der Herrschaft begleitet habe. Die Vermählte war nicht im geringsten aufgeregt und sie hat, wie ferner festgestellt worden ist, noch am Abend Vorbereitungen für eine Arbeit getroffen, die sie noch am folgenden Morgen auszuführen beabsichtigte. Die fortgesetzten Ermittlungen haben nun ergeben, daß das noch nicht 17jährige Mädchen unter dem Einfluß eines Mannes stand, mit dem es sich nach 10 Uhr abends öfter heimlich traf. Dieser Mann, der von Zeugen, die ihn gesehen haben, als ein mittelgroßer, starker Mann geschildert wird, konnte noch nicht ermittelt werden. Er hat zweifellos ein Interesse, daß seine Person nicht bekannt wird und hat, wie die Behörde annimmt, die R. veranlaßt, ihre Briefschaften sowie das Ansichtskarten-Album am Abend ihres Verdrängens mitzunehmen. Es gilt fast als sicher, daß sich bei den Briefschaften und Karten Schreiben befanden, welche von dem betrübten R. herrührten und welche bei ihrer Auffindung zum Verräter werden mußten. Daß, wie zuerst angenommen wurde, die Richter einen Selbstmord ausgeführt hat, scheint nach den Feststellungen der Kriminalpolizei nunmehr als ausgeschlossen.

Das Messer. Als der Freiseur August Müller aus der Spreestraße 15 zu Charlottenburg gestern Abend eine Schankwirtschaft in der Wilmersdorferstr. 157 verlassen hatte und draußen zwei Nachtwächter begrüßte, rempelten ihn zwei Automobilfahrer, die des Weges kamen, ohne weiteres an. Er verlor sich das, erhielt aber dafür einen Schlag ins Gesicht. Ein kräftiger Mann, gab er nun beiden einen Stoß, daß sie vom Bürgersteig auf den Damm flogen, und ging seiner Wege. Die Kaufboide folgten ihm nach seiner Wohnung zu und schlugen und stießen ihn mit Händen und Füßen. Trotzdem verhielt sich Müller ruhig, bis ihn an der Ecke der Spreestraße aus einem offenen Fenster zugerufen wurde, er solle sich das nicht gefallen lassen. Jetzt wehrte er sich und griff schließlich zum Messer. Der Mann, der nun entstand, lockte eine Anzahl Menschen an, darunter auch den 26 Jahre alten Straßenbahnfahrer Felix Schiebe aus der Kaufstraße Nr. 58, der in den Dienst gehen wollte. Schiebe, der mit der ganzen Sache nichts zu thun hatte und nur aus Neugierde dazugekommen war, erhielt plötzlich von dem um sich schlagenden Freiseur einen Messerschlag in den Hals,

so daß er besinnungslos zusammenbrach und nach dem städtischen Krankenhaus gebracht werden mußte, wo er schwer daniederliegt. Müller wurde festgenommen, aber wieder auf freien Fuß gesetzt, da er in der Notwehr gehandelt hat. Ob er deren Grenzen nicht überschritten hat, ist eine andre Frage.

Die Leichen der Opfer des Bootsunglücks auf dem Müggelsee sind immer noch nicht gefunden. Die Bergungsarbeiten, die auch die Nacht hindurch andauerten, wurden heute fortgesetzt. Ein Fischmann aus Friedrichshagen spricht in der dort erscheinenden „Nieder-Barnimer Zeitung“ seine Meinung dahin aus, daß wiederum Leichtsinn und Unkenntnis das Unglück mitverschuldet hätten. Der alte geschulte Segler befand sich gegen 1/2 12 Uhr, also kurz vor Beginn des Unwetters, selbst auf dem Wasser; er veranlaßte, als sich das Wetter am Horizont bemerkbar machte, seine Mitfahrer, an Land zu gehen und den Sturm vorbeiziehen zu lassen. Als sich sein Boot dem sicheren Hofen näherte und die Jassen ein nahe gelegenes Restaurant aufsuchten, wurden sie von zahlreichen dort anwesenden Sportsmen von ihrer „Angst und Flucht“ verlacht und verhöhnt. Die Vernichtung der vier jungen Menschenleben aber hat ihm nur allzu recht gegeben.

Apollo-Theater. Am Mittwoch, den 20. d. M., sind 10 Jahre verfloßen, daß Max Jiegra, der Erbauer und Besitzer des Berliner Apollo-Theaters, diese Variétés- und Operetten-Bühne in eigene Regie genommen hat. Nachdem im August 1890 die Eröffnung des an Stelle der alten Berliner Flora erbauten Concordia-Theaters, Friedrichstr. 218, unter Direktion von Adolf Düffel stattgefunden hatte, zogen nach dessen Rücktritt von der Leitung die Direktoren Doru und Baron vom Wintergarten als Wächter ein und stellten die Direktionsführung, der nunmehr Apollo-Theater getauften Bühne, nach einem halben Jahre ein. Am 20. Mai 1893 stellte sich nun Max Jiegra selbst an die Spitze des von ihm erbauten Theaters, während er die künstlerische Leitung dem bisherigen Hausinspektor Jacques Gläd übertrug.

Dank der bedeutenden finanziellen Mittel, welche Jiegra seinem Unternehmen imbesitzern konnte, gelang es ihm, durch ein erstklassiges Programm, das die bedeutendsten Internationalen Variétésterne vereinigte, das Apollo-Theater im besten Sinne des Wortes — populär zu machen. Segen bringende Sagen wurden Sensationsnummern verpflichtet, wie sie Berlin noch nie gesehen, z. B. Hette Guilbert, die Baumeister Jiegra nach endlosen, schwierigen Verhandlungen gegen eine Tagesgabe von 3000 M. für 20 Abende persönlich engagierte. — Dann begann die Zeit der Ausstattungs-Operetten, durch deren Einführung sich das Theater ein durchaus originelles Programm schuf, das heute noch einzig dasteht. Seit dem 20. Mai 1893 haben bis heute 40 022 300 Gäste das Apollo-Theater besucht. Unter der „Kera Jiegra“ hat die Bühne nicht nur künstlerisch und finanziell einen großen Aufschwung genommen, sondern sie nimmt auch heute eine führende Stellung unter den Variétés- und Operettenbühnen ein, und die Melodien der Operetten des Apollo-Theaters werden in der ganzen Welt gesungen und gespielt. Heute findet anläßlich dieser Feier eine Jubiläumsvorstellung statt.

Aus den Nachbarorten.

Ergebnisse eines socialdemokratischen Flugblattverbreiters im Nieder-Barnimer Kreise.

Zerpenschleuse war in Flaggenschmud gehüllt, als unsre Genossen am Sonntag aus dem Eisenbahnzuge stiegen, um ihre Flugblätter zu verbreiten. Voll froher Hoffnung über den schönen Empfang (wie wir später erfahren, fand Varnimerweise des Striegervereins statt) ging man munter an die Arbeit. Genosse Falz, Pantow, welcher in einem Hause Flugblätter abgab, hörte wohl hinter sich die Worte fallen, „Schmeiß doch den Kerl raus“, achtete jedoch nicht sonderlich darauf. Als er die nächste Thür aufmachte, sah er sich im Genick gefaßt, im gleichen Augenblick riß man ihm am Rode, denselben zerreißen und nahm die in der Tasche befindlichen Flugblätter weg.

Als Genosse Falz von der Ueberraschung sich erholt hatte, fragte er den Angreifer, was denn der Angriff zu bedeuten hätte. „Ich bin der Amtsvorsteher Sieger; können Sie sich legitimieren?“ antwortete der Herr Falz reichte seinen Militärpaß hin. Darauf setzte sich der Amtsvorsteher auf sein Stahrohr und fuhr, stolz auf seine Heldenthat, von dannen. Nachdem Falz seine Kleidung in Ordnung gebracht, verbreitete er ruhig weiter Flugblätter, denn der Amtsvorsteher hatte nur die Flugblätter aus einer Tasche gerissen, während er in allen andern Taschen noch reichliches Material hatte. Nach einiger Zeit kam der Amtsvorsteher in Begleitung eines Unterbeamten zurück und erklärte Falz für verhaftet. Auf das Ungeheuerliche der Verhaftung aufmerksam gemacht, befahl er seinem Beamten: „Verhaften Sie den Kerl!“

Nach Aufnahme eines Protokolls wurde unser Genosse entlassen, auf sein Ersuchen bekam er die abgenommenen Flugblätter wieder. Unterdessen ging die Nachricht von der Verhaftung wie ein Lauffeuer durch den Ort und Hunderte von Händen streckten sich den Flugblattverbreitern entgegen, um die Blätter in Empfang zu nehmen. Zerpenschleuse und sein Amtsvorsteher sind unser Genossen im Kreise bekannt. Bei der Ber Wahl wurde unser Genosse Schöter am Wahltag in „Sicherheitshaft“ genommen. Schöter wurde später freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt. Der Amtsvorsteher wurde freigesprochen, weil ihm nicht nachzuweisen war, daß er den Schöter unrechtmäßig verhaftet hatte. Vor zwei Jahren versuchte er eine Versammlung unter freiem Himmel dadurch unmöglich zu machen, daß er auf einem Nebengebäude eine Musikkapelle aufstellte, welche patriotische Weisen spielte. Der Herr Amtsvorsteher vergaß nur das Eine, daß die Lunge eines socialdemokratischen Redners selbst die Posaunen von Jericho überdönen würde. Einige Zeit darauf wurde in einer vom Bund der Landwirte einberufenen Versammlung deren eingebrachte Resolution abgelehnt. Im übrigen werden wir uns nächstens mit Herrn Amtsvorsteher Senger näher beschäftigen. Wir sind überzeugt, daß seine Thätigkeit gegen unsre Partei im Kreise uns nur zum Segen gereicht.

Im Kreise Nieder-Barnim haben der Amtsvorsteher von Nieder-Schönhäusern und der Bürgermeister von Oranienburg es verweigert, Abschrift von den Wählerlisten nehmen zu lassen. Während man in Oranienburg unsern Genossen darauf hinwies, er solle eine Genehmigung vom Landratsamt beibringen, erklärte der „Gewaltige“ von Nieder-Schönhäusern u. a., daß er über seine Befugnisse nicht hinausgehen könnte, er sei durch eine Verfügung darauf hingewiesen, daß die Wählerlisten nicht abgeschrieben werden dürften. Genosse Zeitwaldt wandte sich persönlich Beschwerde führend an das Landratsamt, wo denselben der Befehl wurde, daß die Verfügung, welche an alle Ortsbehörden gerichtet sei, das Abschreiben der Listen gestatte. Eine persönliche Rücksprache mit dem Landrat v. Tredeow ergab dasselbe Resultat. Zeitwaldt hat um Aufnahme eines Protokolls. Dasselbe wird nunmehr, jedenfalls unter Verweisung einer amtlichen Anweisung, den betreffenden Gemeinden zugehen. Uebrigens möchten wir darauf hinweisen, daß Beamte, welche entgegen den gesetzlichen Bestimmungen es unternehmen, anders zu handeln, civilrechtlich für die Entstehung von Unkosten belangt werden können.

Wilmersdorf. Die hiesige Wählerliste hat sich seit der letzten Wahl nahezu verdoppelt, von 4968 eingeschriebenen Wählern ist sie auf 9536 Wähler gestiegen, ein Mehr von 4568 Wählern. Der ganze Ort ist von 7 auf 12 Bezirke vertheilt. Die Auslegung der Listen des Sonntags, die in fast allen Ortsteilen angängig, ist in unserm Ort aus „dienstlichen“ Gründen abgelehnt worden. Somit liegt die Liste für unser Wilmersdorf nur sechs Tage aus! Jedoch sind die Parteigenossen im Besitz einer Abschrift, die in folgenden Lokalen zur Einsicht ausliegt und zwar bezirksweise: 1. und 2. Bezirk

bei Genosse P. Hilbert, Kurfürsten-Damm 126; 3. und 6. Bez.: Gen. Aug. Kautsch, Uhländstr. 71; 4. Bez.: G. Noth, Pariserstr. 66; 5. Bez.: F. Polz, Spichernstr. 1; 7. Bez.: A. Körner, Uhländstr. 106; 8., 9., 12. Bez.: E. Witte, Berlinerstr. 40; 10. und 11. Bez.: B. Rudloff, Bruchsal 14. Es ist Pflicht eines jeden, die Einsicht unverzüglich vorzunehmen.

Deutscher Arbeiter-Abkündertenbund, Ortsgruppe Berlin. Mittwoch, den 20. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Wilmersdorfer, Neue Schönhauserstraße 12, 11: Versammlung. Vortrag des Genossen Dr. Otto Juliusburger über: „Gehirn und Seele“. Diskussion. Gäste willkommen.

Centralverband der Handlungsgehilfen und Schilfmannen Deutschlands, Bezirk Berlin. Mittwochabend 9 Uhr: Sitzung in den „Arminshallen“, Kommandantenstr. 20. Gäste sind willkommen.

Verein ehemaliger Belgier (Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose). Freitag, den 22. d. M., abends 8 1/2 Uhr, hält Herr Professor Dr. Jacob in den Arminshallen, Kommandantenstr. 20, einen Vortrag über: „Die Bekämpfung der Tuberkulose im Altesalater“. Hierzu sind Gäste herzlich willkommen.

Verband der Freiseurgehilfen. Mittwoch, den 20. Mai, abends 10 Uhr, bei Gängel, Rosenhalestr. 57: Mitgliederversammlung.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 33. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Aus eine Bahyparole. — Die Kritik und die Bewältigungsbewegung in Deutschland. Von Menckhoff. — Wirtschaftliche und politische Wandlungen in der Schweiz. Von Otto Lang. Zürich. I. — „Jena oder Sedan?“ Von Rudolf Krafft. — Aus den Anfängen der socialistischen Belletristik. Von G. Tharow. — Literarische Rundschau: Edward Carpenter, beim die Menschen reif zur Liebe werden. Von Theodor Schlegel-Greif. — Ettore Cicotti, Psychologie des movimento socialista. Von Oda Elberg-Kerba. Meisterbilder für das deutsche Haus — Schwund-Wappe — Ludwig Richter-Wappe.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5575 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jedermann zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieck Verlag), ist uns soeben die Nr. 11 des 13. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Frauenrechte und Socialdemokratie. — Rückblick auf die Geschichte der proletarischen Frauenbewegung in Italien. Die Ausbreitung und Vertheilung der Arbeiterinnenbewegung in den Jahren 1895 bis 1898. Von Dr. Robert Michels. — Frauenrecht und bürgerlicher Freiheit. Ein Beitrag zur Wahlrecht. Von Anna Scholz-Görlich. — Aus der Bewegung. — Heftchen: Ein Streiber. Von Philipp Langmann. — Notizen: Bericht über die Frauen. — Socialistische Frauenbewegung im Ausland. — Weibliche Jubiläumspfeifen. — Frauenbewegung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1903 unter Nr. 3189) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgebühren 35 Pf., unter Kreuzband 85 Pf.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die 11. Nummer seines 20. Jahrganges erscheinen lassen. Die Serie der „Wahlsbilder“ wird in denselben durch das farbige Bild „Die Sammelpolitik der deutschen Socialdemokratie“ fortgesetzt. Das andere farbige Bild „Reduktion“ zeigt Eugen Adler als den „Geist der großen Ordnungsdimension“, dessen Beruf es ist, alles, was nicht zum Ordnungsdreieck gehört, zu schinden und zu reiflichen. Von den weiteren Illustrationen nennen wir das Doppelbild „Rach der Komfahrt“, ferner die politische Arbeit der Ordnungsparteien, „Der Adel als Widerstandsgrund“, „Immbau zu Babel“, „Kandidatenwahl“, „Das freie Spiel der Kräfte“, „Blarrer und Schüler“, „Ein königstreuer Mann“ und „Germama auf dem Hochgang“. Der fertige Teil der Nummer bringt die Gedichte „Einem Toten“, „Die Proletarierin“, „Polenische Dörfer“ von Erich Kühn, „Beherrschene Freundschaft“, „Modernes Sclaventum“ von Adolf Repp, „Ein Morgenstund“ von Karl Holm, „Vaterlandslied — Patriotismus“ von Robert Seidel, „Der Tanz um das goldene Rad“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen in Prose und Prosa noch die größeren Artikel: „Briele moderner Dunkelmänner“, „Der Doktorgrad“ von Dr. Ludwig Franz, „Wahlkampf einer partellosen Zeitung“, „Der Stad der Herrschaft“ und „Die Versammlung“. Der Preis der zwölf Seiten starken Nummer ist 10 Pfennig.

Briefkasten der Redaktion.

Babel. Ein solches Verbot ist nicht statthaft.
S. M. Solche Fragen können in Flugchriften nicht erörtert werden.
P. Sch., IV. U. Wir wollen die Sache vorläufig beiseite legen und abwarten, wie der Mann sich im Wahlkampf benimmt.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Öffnet: 7 Uhr.
M. B. Der socialdemokratische Antrag, den Erbkauten ein Recht zur Aufnahme in eine Heilanstalt einzuräumen, ist im Reichstag abgelehnt; der Bescheid entspricht den gesetzlichen Bestimmungen. — **Sp. 23.** Sollten Sie in die Wählerliste nicht aufgenommen sein, so reklamieren Sie. Die Entscheidung des Jalles selbst ist, wie von uns wiederholt betont ist, freitig.

Weiter-Prognose für Mittwoch, den 20. Mai 1903.
Nachts sehr kühl, am Tage etwas wärmer, noch vorherrschend wolfig bei mäßigen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Socialdemokratischer Wahlverein im 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Den Genossen zur Nachricht, daß das Mitglied Oskar Gräfe am 17. Mai verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Halle der Simeons-Gemeinde, Mariendorfer Weg, aus statt. 240/11 Um zahlreiche Beteiligung ersucht. Der Vorstand.	Deutscher Holzarbeiter-Verband Nachruf. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Mitglied Otto Poppe am 29. April verstorben ist und am 3. Mai zur letzten Ruhe gebettet wurde. 82/10 Ehre seinem Andenken! Die Ortsverwaltung.
Verband der Porzellan- und Ledergalanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin. Am 17. Mai starb unser Kollege Oskar Gräfe im Alter von 34 Jahren an der Proletarier-Krankheit. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Simeons-Kirchhofes am Mariendorfer Weg aus statt. Um recht rege Beteiligung bitten. Der Vorstand.	Dankfagung. Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme und die Kränzchen bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes Erich lagten wir allen Bewandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Angehörigen der Meierei „Schweizerhof“, sowie dem Turnverein „Fichte“ unseren herzlichsten Dank. 14736 Familie Neumann.
Verband der Porzellan- und Ledergalanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin. Am 17. Mai starb unser Kollege Oskar Gräfe im Alter von 34 Jahren an der Proletarier-Krankheit. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Simeons-Kirchhofes am Mariendorfer Weg aus statt. Um recht rege Beteiligung bitten. Der Vorstand.	Dankfagung. Sage hiermit allen denen, die meinem lieben Mann und guten Vater Richard Kaschny die letzte Ehre erwiesen, sowie für die reichen Blumenpenden, insbesondere dem Verband der Holzarbeiter-Verbanden, die ich für die reichhaltigen Beweise der Teilnahme und Umgebend, der Firma vom Zister u. Rohmann und dem Turnverein „Wegweiser“ zu Brüg meinen herzlichsten Dank. 14736 Emma Kaschny geb. Lange und Sohn.
Louise Krause nach schweren Leiden am 17. Mai verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Simeons-Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 14736 Der trauernde Gatte F. Krause, Gölzstr. 16.	Dankfagung. Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe untergebliebene Frau Louise Krause nach schweren Leiden am 17. Mai verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Simeons-Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. 14736 Der trauernde Gatte F. Krause, Gölzstr. 16.

Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 20. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Spernhaus. Don Juan.
Schauspielhaus. Schmitz.
Deutsches. Ein Volkstheater.
Berliner. 100 000 Thaler.
Leistung. Der blinde Passagier.
Reizend. Lustige Gensamer.
—
Vorher: Nach dem Balle.
Neues. Der g'rade Michl.
Westen. Dubarra.
Central. Madame Sherry.
Thalia. Der Posaunenengel.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Ballner-Theater.)
Am weißen Köhl.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmsstädt.
Theater.) Die guten Freunde.
Belle-Alliance. D'Veanerin. Hier-
auf: System Aubert.
Carl Weisk. Das Geheimnis des
toten Hauses.
Casino. Badekuren. Unser Gold-
jung. Spezialitäten.
Metropol. Neues! Allerneuestes!
Apollo. Die Liebesinsel. Speciali-
täten.
Bunte. Der Freischütz.
Kleines. Nachtschl.
Trianon. Die Rotbrücke.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stielhörn Sänger.
Passage-Theater. Spezialitäten.
Urania. Taubenstrasse 48/49.
Das Land Tirol. Spezialitäten.
Invalidenstrasse 57/62. Stern-
marke. Täglich geöffnet von 7
bis 11 Uhr.

Central-Theater

Täglich, abends 7 1/2 Uhr:
Madame Sherry.
Operette in 3 Akten von Hugo Feltz.
Sonntag, 24. Mai, nachm. 3 Uhr, halbe Preise:
An erster Belegung:
Madame Sherry.
Abends 7 1/2 Uhr: Die Hedermaus.
Operette in 3 Akten von Rob. Strauß.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73. Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Posaunenengel.
Tanzparodien. Artisten-Revue.
Theilscher als Spreewälder-Amme.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Residenz-Theater

Direktion: Sigmund Lautenbury.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Lustige Ehemänner.
Schwan! in 3 Akten von H. Marx und
Albert Barré. Deutsch u. Spanisch.
Vorher:
Nach dem Balle.
Schwan! in 1 Akt nach d. Spanischen
des H. Carrion von H. Roedel.
Morgen und folgende Tage: Die-
selbe Vorstellung.
Dienstag, 26. 12 Uhr mittags:
Conférence von Madame Sarah
Bernhardt.

Belle-Alliance-Theater.

D'Veanerin.
Momenbema von Félix u. Etanglin.
Hierauf: System Aubert.
Morgen und folgende Tage: Frei-
gebrochen. Hierauf: System
Aubert.
Am Sommergarten von 6 Uhr ab:
Doppel-Konzert. Spezialit. I. Rang.

Metropol-Theater.

Der grösste Erfolg dieser Saison!
Zum 120. Male:
Neuestes!
Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzendes Ballett. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet. —

Apollo-Theater.

Eigentümer: Max Ziogra.
Heute: Jubiläums-Vorstellung
20. Mai 1893 — 20. Mai 1903.

Die Liebes-Insel

Berliner Ausstattungs-Burleske in
3 Akten von Benno Jacobson.
Musik von C. Stix.
Wiederauftreten von Cécile Carola.
Im 3. Akt: Die lebenden Briefmarken.
• Grosses Post-Ballett. •
Ferner: Die glänzenden Spezialitäten.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Sanssouci.

Donnerstag, Sonntag und
Montag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Nach der Vorstellung:
Tanz-Kränzchen.
Vereinsbillets gültig.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Im weissen Kössl.
Lustspiel in 3 Akten von D. Blumenthal
und G. Kadelburg.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Hedda Gabler.
Freitagabend 8 Uhr:
Hedda Gabler.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Die guten Freunde.
Lustspiel in 4 Akte, v. Vict. Sardou.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Im weissen Kössl.
Freitagabend 8 Uhr:
Im weissen Kössl.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Das Land Tirol.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

Passage-Theater.

Sonntag 3 Uhr.
Wochentags 5 Uhr.
Ende 11 Uhr.
Josefine Delcliseur
erregt allabendl. Lachsalven
als Berliner Bäckerjung.
Lola Loyd
Cake Walk.
Ganz Berlin zerbricht sich
schon den vierten Monat
den Kopf über **AGA!**
die schwebende Jungfrau!
14 neue erstklassige Nummern.

Castans Panoptikum.

Friedrichstr. 165.
mit seinen unzähligen Sehens-
würdigkeiten!
Neu! Princess Bohatcio,
die
Kolossal-Indierin aus Singapore.
Neu! Carlo Riego mit
seiner
ausgezeichneten
Wiener Konzert-Kapelle.
Pythia, die hellseh. Dame,
Anthropos, der künstliche
Mensch als Portraitschreiber.
Cleó Otdro, die Sandmalerin.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Nachtschl.
Trianon-Theater.
Georgenstrasse,
zwischen Friedrich- u. Luisenstädtstrasse.
Abends 8 Uhr:
Die Rotbrücke.
Lustspiel in 3 Akten von Fred Gröbe
und Francis de Croisset.

Casino-Theater

Lohsestr. 37.
Benefiz Reijss. Ed. Wendt.
8 Uhr: Einmal. Aufführung:
Badekuren.
Unser Goldjung 2c.

WINTERGARTEN

Neues Programm.
Mlle. Lorraines, Lebende Bilder.
Sam Elton, Komischer Excentric.
Carlotte Kara, Creolische Sängerin.
Pantzer Brothers, Akrobaten.
Rakoczy, Ungarische Tanztruppe.
Das Meistergesangs-Quartett.
Ralph Johnstone, Bicyclist.
Woodwards, dressierte Seelöwen.
Miss Diana, amer. Spiegeltänzerin.
Ballett und „Biograph“.

Am Königsthor, Schweizer-Garten. Friedrichshain.

Donnerstag, den 21. Mai | **Garten-Konzert**
Sonntag, den 24. Mai | und Extra-Vorstellung.
Von Pflüchten ab: 1538c
Täglich: Grosse Vorstellungen.
Am 1. u. 2. Pflücht-Feiertag: Früh-Konzerte u. Vorstellungen.

Gebr. Cranz' Festsäle und Garten

Achtung! Köslinerstr. 8. Achtung!
Boranzelge! Von Pflüchten ab, jeden Dienstag:
Frankfurter Sänger Gesangs-, Humoristen-
und Possen-Ensemble.
Paul Oppermann, der unermüdete Musik-Humorist.
Willi Franz, Souflettenmeister. — Otto Görs, mit 1. aktuel. Couplet.
Der kleine Acker-Paul, das langsame Sturiosum. 1278c
Eröffnungsvorstellung 3. Pflücht-Feiertag. — Näheres siehe Anschlagstafeln.
Unsere Säle und Garten, 1500 Personen fassend, stehen der geehrten
Bereinen zu konstanten Bedingungen zur Verfügung. Sonnabende noch frei.

V. Kreis!

Mittwoch, den 20. Mai, abends 8 1/2 Uhr:
2 grosse öffentl. Wähler-Versammlungen
bei Seydcker, Sophienstr. 34, und im Schützenhaus, Vinienstr. 5.
Tages-Ordnung:
1. Der Aufmarsch der Parteien zur Reichstags-Wahl.
Referenten:

Reichstags-Abgeordneter **Wolfgang Heine**, Stadtverordneter **Dr. Friedeberg**.
Der Vorstand.

Das ständige Wahlbureau des Kreises befindet sich Rosenthalerstrasse 57, zweiter
Eingang Gormannstrasse 28. Jede Auskunft die Wahl betr. wird dort erteilt. Auch kann die
Wählerliste eingesehen werden.

Verein socialdemokr. Gast- u. Schankwirte

Berlin und Umgegend.
Freitag, den 22. Mai, bei Kollege Witte in Wilmersdorf,
Berlinerstr. 40:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Reimann über Konzeptionsangelegenheiten.
2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten.
Der Vorstand.

Verein der freiheitlichen Socialisten Berlins

und Umgegend
Mittwoch, den 20. Mai 1903, abends 8 1/2 Uhr, in Cohns
Festsälen (großer Saal), Deutschstr. 20:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Albert Weidner über: Die Gartenstadt eine
brennende Kulturfrage. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Tegelort. Restaurant z. Schwan

Zum Himmelfahrts-Ausflug bestens empfohlen.
Das Lokal steht der Arbeiterschaft frei.
Abfahrtstelle 4 in Tegel am Bollwerk,
Kolzsche Dampferstation.

Grünau.

Arbeiter-Verteilstal „Zur
grünen Ede“, Köpenickerstr. 88.
Zuh.: **Emil Stabbert**,
empfehl. sich den geehrten Vereinen,
Herrnpartien und Ausflüglern. Für
Speisen u. Getränke ist bestens gesorgt.

Humboldt-Fahrräder

Direkt von der Fabrik:
früher Blitz,
gegr. 1889,
sind auch 1903
die billigsten
u. allerbesten
von 30 Mk. an.
Teilzahlung:
26" Luftschläuche 2,00 Mantel 2,50
do. 2,75 3,00 3,50 do. 3,50 5,00
28" Luftschläuche 2,00 Mantel 4,00
do. 2,50 3,25 4,50 do. 4,75 5,50
Reparatur-Werkstatt
für Motorwagen.
Sämtliche Zubehörsache billigst.
Berlin, Weinbergsweg 4.

Großes Garten-Lokal

mit Saal, zwei Vereins-
zimmern, Regelsaale, ein-
ziges Partielokal am Ort,
in einem Vorort Berlins,
ist unübereinstimmend sofort
zu verkaufen. 1531c
Offerten unter A. 4 an
die Expedition d. „Vorw.“.

Nathan Wand,

129 Stalitzerstr. 129.
Die Schönsten
Herren-Sommer-Paletots
und Anzüge in neu,
sowie speziell
Monats-Garderobe
von Kavaliere getragene Sachen,
sah neu, für jede Figur passend,
sind in großer Auswahl stets zu
ausnehmend billigen Preisen zu haben.

Nathan Wand,

129 Stalitzerstr. 129.
Bitte auf Hausnummer zu achten.
Für 30 Mark
reimollemten Anzug nach Maß. Label-
loser Stoff, feinste Futhaten.
Der selbst Stoff giebt, fertige
elegante Anzüge
für 18 Mark.
Garantie: gute Futhaten.
B. Goldstein, Schneidermeister,
Münzstr. 25, 1 Treppe.

Dr. Simmel,

Prinzen-
Str. 41.
Specialarzt für
198/14
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4

Napoleon I.

Bill. Subskr. Illustr. 60 Liefg.
à 30 Pf. Gratis: Ludwig XIV.
ca. 500 Illustr. Liefer. I beider
Werke 30 Pf. in Marken franco.
Leipzig, Schmidt & Günther.

Patente

beforgt und verwertet
gut und schnell
Patent-Bureau
S. Reichhold u. Co.,
Berlin NW., Luisenstr. 24.
Auskunft kostenlos. 7722c

Permanent

AUSSTELLUNG
der Gegenstände, die für
JASMATZI-COUPONS
erhältlich sind
Heute 196 Friedrich-Strasse 196
nahe der Leipziger Strasse.
Mittwoch Eröffnung.
Besichtigung erbeten.
GEORG A. JASMATZI AKT.-GES.
Grösste deutsche Cigarettenfabrik.

Nur die alten Sichen rauchen.

Den Rauchweid in seiner größten Beacht zu leben,
bietet nur allein die Umgebung vom
Restaurant Pferdebuht bei Köpenick.
Halte mein Lokal (10 000 Personen fassend) für Vereine und Gesellschaften zu Landpartien bestens empfohlen.
Bestellungen werden schon jetzt entgegen genommen. — Es ladet zu Ausflügen ein
13712c
Wilhelm Bräsewitz.

Schlennige

Räumung der Lagerbestände
in Herren-Stoffen
für Hüte, Paletots, Kinder-
anzüge usw. beabichtigen 15272c

Koch & Seeland

Tuchfabrik-Niederlage
Berlin C., Rossstr. 2.

J. Grünberg,

N. Boyenstr. 44
Wollen Sie sich elegant und
billig kleiden, so kaufen Sie bei

J. Grünberg,

N. Boyenstr. 44.
Grösste Auswahl
der feinsten
Kavalier- und Monats-
Garderoben. 1443Lc

Reste

zur [768Lc]
Damen - Mäntel - Konfektion und
Kinder - Garderobe.
Futterzeiden, Besatzartikel.
Fertige Damen-Wäntel und
Jackets in grösster Ausw.
Kostüm-Stoffreste zu vollständigen
Kostümen u. einzelnen Röcken in
farbig u. schwarz, enorme Ausw.

C. PELZ,

4. Kottbuscher-Strasse 4.

Meine Damen!

Jetzt
Saccos
Blusen
Röcke

Reste zu Saccos, Kleidern,
Herren-Anzügen etc.
billiger. 1370Lc

47 Wrangelstr. 47, part.
(Kein Laden.)
Hochbahnhof Schloßisch Thor.

Baustellen I. Erlner, [Refer
81 Pf.
Nou-Zittau 50 Pf., Dohendorf m. Bau-
Kontens 72 Pf., bei Grünau 143 Pf.
berf. unt. vellen Rechnungsbedingungen
Schulz, Althoff, Neumann. 12/13, p. III.

